

Sozialwörter

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 3 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK



ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

16. Jahrgang

Dienstag, 26. Mai 1936

Nr. 123

Staatsverteidigungs-Anleihe

Das Finanzministerium hat dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch welchen eine Anleihe zu Zwecken der Staatsverteidigung ausgeschrieben werden soll. (§ 1) Diese Anleihe wird in Schuldverschreibungen zu drei und viereinhalb Prozent ausgeben werden. Beide Arten werden durch Verlosung in 50 Jahren, beginnend 1938, amortisiert. Der Finanzminister ist ermächtigt, die Amortisation zu beschleunigen und zwar durch Ankauf des Papiers auf offenem Markt oder die nichtamortisierten Teile bei dreimonatlicher Kündigung zurückzahlen. Den Emissionskurs bestimmt der Finanzminister. (§ 2) Der Zinsenertrag der dreiprozentigen Anleihe ist von der Einkommensteuer befreit. (§ 3) Die Zeichner der dreiprozentigen Anleihe werden einer Steueramnestie teilhaftig, welche darin besteht, daß die verheimlichten Gewinne, welche zur Zeichnung benützt werden, nicht einer Steuer unterworfen werden. (§ 4) Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft, seine Durchführung obliegt dem Finanzminister. (§ 5)

Im Motivbericht wird die Notwendigkeit der Anleihe mit dem Hinweis auf außerordentliche Ausgaben zwecks Verteidigung des Staates begründet.

500.000 marschieren

Paris. Der traditionelle Umzug der Arbeiterparteien und der Linksorganisationen an der Mauer des Friedhofes Père Lachaise, wo in Massengräbern die Opfer der Pariser Kommune beerdigt sind, trug heuer einen würdevollen und disziplinierten Charakter. Neuer vereinigten sich die Kommunisten und Sozialisten zusammen mit allen Linksorganisationen. Der Umzug währte länger als fünf volle Stunden. Die Polizei schätzte die Zahl der Teilnehmer auf mehr als 400.000, die Linksprelle auf 5- bis 600.000 Personen.

Die Blätter der Rechten bedauern, daß der künftige Ministerpräsident Léon Blum an der Manifestation teilgenommen hat, der noch dazu „während des Gefanges revolutionärer Väter mit dem antisozialistischen Gruß grüßte“.

Delbos — Blums Außenminister?

Paris. Léon Blum hatte am Montag Unterredungen mit verschiedenen politischen Führern, darunter mit dem radikalen Minister Jean Delbos, der allgemein als künftiger Außenminister bezeichnet wird.

Delbos ist im gegenwärtigen Kabinett Staatsjustizminister und stellvertretender Ministerpräsident. Er hat seinerzeit vor dem Sturz Laval dessen Außenpolitik in der Kammer einer überaus scharfen Kritik unterzogen. Die republikanisch-sozialistische Vereinigung, die sich der Regierung gleichfalls beteiligen wird, kann an der Regierung gleichfalls beteiligen wird, den die auf den Posten des Außenministers den bisherigen Staatsminister Paul Boncour.

Die neue Regierung wird, wie verlautet, am Anfang Juni den neuen Gesetzentwurf über die anfangs Juni den neuen Gesetzentwurf über die politische Amnestie und den Gesetzentwurf über die Einführung der vierzigstündigen Arbeitszeit unterbreiten.

Ein glückliches Land

Luxemburg. Die Durchführung verschiedener Arbeiten hat zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit in Luxemburg fast vollständig verschwunden ist. Man rechnet nunmehr damit, daß es in Luxemburg bloß 20 Arbeitslose gibt, die Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Der Negus reist inkognito

London. Der britische halbamtliche Radiodienst meldet zur Reise des Negus nach London: Der abessinische Kaiser reist inkognito und wird in England keine politischen Beratungen haben. Von England keine politischen Beratungen haben. Von Gibraltar aus wird er den Personendampfer „Aorju“ benötigen.

Belgiens neues Parlament

Erfolgreicher Einbruch des Faschismus ins katholische Lager Sozialisten behaupten sich und werden zur stärksten Partei

Die Wahlen in die Kammer der Abgeordneten, die Sonntag in Belgien stattgefunden haben, brachten insofern eine Überraschung, als der neuen faschistischen Partei der „Rexisten“ (nach ihrem Wahlpruch: Christus Rex — Christus der König!) des Léon Dégrelles ein stärkerer Einbruch in das Lager ihrer sozusagen „Mutterpartei“, der katholischen Konservativen, geglückt ist, als man angenommen hatte. Die seit langem stärkste und vorherrschende belgische Partei verlor ihre führende Stellung und sieht aus ihrem Schoße eine faschistische Gruppe entstehen, die mit 21 Mandaten an die Zahl der ehemals zweiten und bisherigen dritten Partei, der Liberalen heranrückte.

Die Sozialisten behaupten nicht nur im großen ganzen ihre bisherige Stärke, sondern werden durch den Rückfall der Katholiken auch zur stärksten Partei des neuen Hauses. Ueberraschend kommt das Ansteigen der Kommunisten, auf das es vor allem zurückzuführen sein dürfte, daß die Sozialisten nicht den vielfach erhofften Gewinn heimbringen.

Die flämischen Nationalisten sind weiter angewachsen.

Die Gesamtzahl der Mandate ist um 15 erhöht worden, weil die Bevölkerung entsprechend angewachsen war. Diese Mandaterhöhung kam vor allem den früher benachteiligten Kleinen zugute was wohl die Mandatsverdoppelung der Frontisten erklärt. Auch dieser Umstand dürfte sich zum Gunsten der Sozialisten ausgewirkt haben. Zugleich mit der Kammer wurden 101 Senatoren gewählt. Am 7. Juni werden die neuen Provinzialräte gewählt werden, die ihrerseits wieder weitere 44 Senatoren zu wählen haben. Folgende Aufstellung zeigt die Stärkerhältnisse der neuen Kammer im Vergleich zu ihren beiden Vorgängerinnen von 1929 und 1932:

	1929	1932	1936
		27. Nov.	24. Mai
Katholiken	76	79	63
Sozialisten	70	73	70
Liberalen	28	24	23
Flam. Frontisten	12	8	16
Kommunisten	1	3	9
Rexisten	—	—	21
Summe der Abg-Mandate .	187	187	202

Kabinett Vandervelde?

Brüssel. (Sch. P.-B.) Dienstag nach der Sitzung des Kabinettsrates wird Ministerpräsident von Zeeland König Leopold III. die Demission der Regierung unterbreiten. Der König wird hierauf die Beratungen zur Lösung der Regierungskrise aufnehmen. Vor den Parlamentswahlen waren die drei Hauptparteien die Katholiken, die Sozialisten und die Liberalen darin einig, daß von Zeeland auch nach den Wahlen an der Spitze der Regierung verbleibe. Da jedoch die Wahlen den Sozialisten um sieben Mandate mehr brachten als die Katholiken besaßen und die Sozialisten so die stärkste Partei wurden, erwartet man allgemein, daß der König entsprechend dem parlamentarischen Brauch mit der Bildung des neuen Kabinetts den Vorsitzenden der sozialistischen Partei Vandervelde betrauen wird.

Der sozialistische „Peuple“ schreibt im Leitartikel, daß die belgischen Sozialisten zur Übernahme der Verantwortlichkeit bereit seien. Die kommende belgische Regierung wird sich wieder auf die Koalition der drei Hauptparteien, der Sozialisten, Katholiken und Liberalen, stützen.

Paris. Die Pariser politische Öffentlichkeit und die Presse verfolgen mit Interesse das Ergebnis der belgischen Wahlen und die dadurch geschaffene Lage. Die Sozialisten in Frankreich bringen ihre Freude über den Erfolg der belgischen sozialistischen Par-

tei zum Ausdruck, die ebenso wie kürzlich bei den Wahlen in Frankreich, als die stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen ist.

Nazi-Erfolg in Eupen

Der „Temps“ erinnert daran, daß dies seit dem Jahre 1884 zum erstenmal ist, daß die katholische Partei in Belgien die Führung verliert. Es ist unklar, wie sich der große Erfolg der Rexisten auswirken wird und welche Haltung sie einnehmen werden. Einige Politiker befürchten, daß die Rexisten im Parlament eine reine Obstruktionspolitik betreiben werden. Man glaubt jedoch nicht, daß ihr großer Erfolg das politische Gesicht Belgiens ändern wird.

Niemliche Aufmerksamkeit in Frankreich ziehen die Wahlergebnisse in Eupen-Walmedy hervor, das früher zu Deutschland gehörte und durch den Versailler Vertrag an Belgien kam. Auf die Aufforderung der deutschen nationalsozialistischen Propaganda gaben im Kreise Eupen-Walmedy von einer Gesamtzahl von 10.350 Wählern 5870 leere Stimmzettel als Protest gegen das parlamentarische System in Belgien ab und nur 4480 Personen wählten normal. Die Pariser Blätter zitieren die Stimmen der Berliner Presse, die ihre Freude über diesen Erfolg der nationalsozialistischen Propaganda in Eupen-Walmedy und über den Erfolg der Rexisten zum Ausdruck bringt.

Auch in Belgien wird durch den faschistischen Einbruch ins katholische Lager die sozialistische Partei zur stärksten Kammerfraktion. Aber in Belgien ist dieser Wahl eine Koalition von Katholiken und Sozialisten vorausgegangen, die es in Oesterreich seit 1920 nicht mehr gegeben hatte.

Von anderem Gesichtspunkt aus betrachtet, ergibt sich eine gewisse Parallellität zu dem vorjährigen Wahlausgang im tschechischen Lager. Wie damals die Gewerkepartei als einzige Oppositionspartei aus der Koalition aller anderen Gruppen in der Regierungsmehrheit Gewinn zog, so scheint Dégrelles von dem Zusammenschluß der drei historischen Parteien zu der Koalition der nationalen Einheit profitiert zu haben, indem er alle Unzufriedenen aus dem bürgerlichen Lager an sich zog, während es den Kommunisten gelungen sein dürfte, die mit der Koalition

unzufriedenen Arbeiter und Arbeitslosen an sich zu reihen.

Bezeichnend ist die Tatsache, daß insgesamt die Regierungsparteien verloren haben, obwohl das Kabinett Van Zeeland — de Man eine Politik höchst erfolgreicher Krisenbekämpfung durchgeführt, die Zahl der Arbeitslosen innerhalb eines Jahres um mehr als die Hälfte vermindert hatte und keineswegs schlecht gerüstet in den Wahlkampf ging. Dieses Ergebnis überrascht insbesondere, wenn man es mit den Erfolgen der skandinavischen sozialistischen Parteien vergleicht. Aber der Unterschied liegt wohl darin, daß die Skandinavier ihre Krisenpolitik gegen eine starke bürgerliche Rechtsopposition verteidigten, daß also klare Fronten gezogen waren, während in Belgien die gleichen Parteien, die gemeinsam die Politik Van Zeelands im Parlament ermöglicht und gebildet hatten, im Wahlkampf gegeneinander zu Felde zogen. Klüßelten sich die Sozialisten, daß der „Plan der Arbeit“ Dégrelles de Mans die Grundlage für die erfolgreiche Krisenbekämpfung war, so erzählten die Katholiken und Liberalen ihren Wählern, daß es ihnen gelungen sei, dem „Plan“ die sozialistischen Giftstoffe auszubrechen, die freie Wirtschaft zu retten, und wurden jene für eine Verstärkung der „Plan“-Politik, so die Koalitionsgenossen für eine Abmilderung. Dabei machte kein Partner ein Hehl daraus, daß er die Bündnispolitik nach der Wahl fortzusetzen wünsche. Gerade diese Kämpfe innerhalb einer Koalition, die doch nicht ein Zufallsgebilde sein wollte, sondern vorgab, eine höhere Einheit im Interesse des Landes zu bilden, mußten der demagogischen Opposition Dégrelles, mußten auch den Kommunisten und Frontisten schwankende Wähler zutreiben.

Es wäre ein schwerer Fehler, in dem Ausbleiben eines, vielfach erhofften, großen sozialistischen Sieges nun einen Misserfolg des de Man'schen Planismus zu sehen. Es läßt sich heute nicht sagen, welche Erfolge der Planismus gebracht hätte, wenn er agitatorisch freie Bahn bis zur Wahlentscheidung gehabt hätte. Sein ursprünglicher Sinn war ja, die Waffen für den totalen Plan, nicht für eine Kompromiß- und Teil-Lösung zu gewinnen. Noch schwerer läßt sich sagen, welcher großen Anteil der Plan an der durchaus ehrenvollen und erfolgreichen Behauptung der sozialistischen Macht hat. Man muß wissen, daß dem Sieg des Planismus in der Partei eine schwere Krise der belgischen Arbeiterbewegung vorangegangen war (Schwierigkeiten der Arbeiterkassen, der Wirtschaftsorganisationen etc.). Wenn der Verluftträger der Wahl die Katholiken sind, wenn die Sozialisten vom Faschismus selbst nicht angegriffen wurden, so darf man das wohl nicht zuletzt als einen Erfolg de Mans und des Planismus buchen.

So ist das Wahlergebnis in Belgien, was ja auch der Lage und Struktur des Landes entspricht, einzuordnen etwa in der Mitte zwischen den skandinavischen Erfolgen des Sozialismus und seiner mitteleuropäischen Erstarrung. Es fragt sich nun vor allem, wie die Katholiken auf ihre eigene Niederlage reagieren werden. Schließen sie sich zur Niederwerfung des Faschismus weiter an die Linke an, so kann das dem Lande nur nützen. Kapitulieren sie wie seinerzeit in Oesterreich vor ihrer faschistischen Tochterpartei, so würden sie und ihr Land unfehlbar auf dieselbe schiefere Ebene geraten wie Oesterreich und der österröschische Katholizismus 1930—1934. Aber Belgien ist infolgedessen wirklich einmal „nicht Oesterreich“ — um diese oft mißbrauchte und ominöse Wendung doch wieder zu gebrauchen — als es zwischen dem Frankreich der „Vollfront“-Regierung, dem gefährlichen deutschen Nachbar und dem wohl konservativen, aber demokratischen England liegt, dessen bewundernswürdigen Punkte auf dem Festland es darstellt. Die innerpolitische Entwicklung in Belgien wird anders als die Oesterreichs, das die Westmächte eine Funktion der zwischen Paris und London operierenden Außenpolitik des kleinen, wichtigen und gefährdeten Landes sein.

Der Gewerkschaftskongreß in Reichenberg

Zweiter Verhandlungstag

Berichte Macouns und Weigels, rege Debatte, Referat Schäfers

Die Verhandlungen des fünften ordentlichen Monates des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden Sonntag vormittags mit dem

Tätigkeitsbericht der Kommission

fortgesetzt, den Genosse Macoun erstattete. Er führte u. a. aus:

Der weltwirtschaftliche Aufstieg ist bei uns noch nicht in nennenswerter Weise zum Ausdruck gekommen. Die Unternehmer haben die Löhne abgebaut, während das Ertragsverhältnis unserer Wirtschaft die Steigerung der Kaufkraft wäre. Der Lohnabbau hat auch den Verfall des Exportes und die Stilllegung der Betriebe nicht verhindert.



Die Herabsetzung der Löhne wurde zum Totengräber der Konjunktur.

Am Kampfe gegen die Krise haben wir mit dem Odborobé Druzenj zusammengewirkt und uns ein Wirtschaftsprogramm erarbeitet. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich auch als Stütze der Demokratie erwiesen, wie der Präsident der Republik selbst anerkennt.

Die Arbeiten des Bundes standen unter dem Schatten der schweren Arbeitslosigkeit der letzten Jahre. Anfang 1935 gab es in den deutschen Gebieten 324.672 Arbeitslose, wovon 92.000 gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung bezogen, 138.000 Ernährungsstellen und 94.000 waren ohne jede Unterstützung. In diesen Ziffern liegt ein Teil der Begründung des Wahlsieges des tubetenarischen Faschismus im Jahre 1935, aber in diesen Ziffern liegt auch ein Staatsproblem. Die Lage der Staatsfinanzen und bürgerliche Feindschaft gegen die Arbeitslosen haben uns den Kampf außerordentlich erschwert. Auch wir wollen Ordnung in der Unterstützung, auch wir wollen Rückdränge verhindern, aber die Schranken von heute töten das Arbeitslosenunterstützungsgesetz. Wie sehr gerade die deutschen Verbände gelitten haben, erweist man daraus, daß auf hundert Mitglieder der deutschen Verbände 32 Unterstützungsfälle, auf die tschechischen Verbände 20 entfallen.

Was die Sozialpolitik betrifft, sind wir in der Verkürzung der Arbeitszeit leider nicht viel vorwärts gekommen. Und doch ist gerade die Lösung dieses Problems ein starker Faktor in der Wandlung des Wirtschaftssystems. Auch die Frage der Arbeitsvermittlung spielt hier eine große Rolle. Um in der Frage der Arbeitsvermittlung rascher vorwärts zu kommen, wollen wir die obligatorische Arbeitsvermittlung als Krisenmaßnahme durchbringen. Das Gesetz ist notwendig, um den Terror der EdP zu brechen. Reistellen kann man, daß

der Drang nach Lohnbewegungen in den Verbänden wieder stärker wird.

Genosse Macoun betont dann die innige Zusammenarbeit mit der Deutschen sozialdemokratischen Partei. Die Gewerkschaften werden nicht dulden, daß die Genlempartei Herstellungsarbeit in den Organisationen leistet, sie werden im Gegenteil durch Aufklärungsarbeit dafür sorgen, die Arbeiter wieder für den Sozialismus zu gewinnen. Möge uns, so schließt Genosse Macoun sein Referat, die Erhaltung des Friedens unsere Arbeit ermöglichen, der Wegweiser zeigt nur eine Richtung: **V o r w ä r t s !**

Debatte

Spricht als erster **Tschal** (Postler), der sich insbesondere mit der Erhaltung des deutschen Arbeitsplatzes in Staats- und öffentlichen Diensten befaßt.

Von 36.000 Postbediensteten waren 1919 10.000 Deutsche, das ist 27 Prozent, 1930 4500 Deutsche, das sind 10 Prozent, 1935 3300 Deutsche, das sind 7 Prozent.

Nach dem Bevölkerungsschlüssel müßten es 11.000 sein. Bei der Postparaffa sind von 2000 Bediensteten 10 Deutsche. Bei Neuaufnahmen werden höchstens 2-3 Prozent Deutsche aufgenommen. Dabei werden die deutschen Angestellten durch verschiedene Maßnahmen seelisch eingeschüchert, ihre Fortbildungsmöglichkeiten erschwert. Höhere systemisierte Dienstpläne werden von Deutschen nicht erreicht.

Kleiner (Holzarbeiter) fordert noch engere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Partei.

Damit ist die Debatte über den Bericht abgeschlossen und es folgt das Referat des Genossen **Weigel** über

Bildungsarbeit und Jugendfragen

Der Referent führt aus, daß insgesamt 122 Vertrauensmännerkurse mit 1155 Kursstunden veranstaltet wurden und daß man sich betreiben müsse, über den bestehenden Vertrauensmännereparat hinaus jüngere Elemente zu Funkzionären zu erziehen. Am zweitwichtigsten für unser Gebiet seien Wochenendkurse. Wir müssen mit unserer Bildungsarbeit bis in die letzte Ortsgruppe dringen und jährlich auf Bildungslieferungen und ein Programm geben. Eine Schwierigkeit besteht darin, daß wir durch den Sieg des Faschismus in den beiden deutschen Staaten unserer literarischen Bezugswelten beraubt sind. Wir müssen also selbst Proschüren herausbringen und unser Schrifttum ausbauen, auch über den Rundfunk müssen die Gewerkschaften ihre Ideen verbreiten.

Genosse Weigel befaßt sich sodann mit der Organisation der Jugend und führt an, daß einige Verbände bereits Jugendgruppen haben und daß eine eigene Zeitung „Gewerkschaftsjugend“ herausgegeben wird. Wenn unsere Kinder nicht durch die Schule der freien Gewerkschaften gehen,

werden sie niemals erkennen, was wir in den Gewerkschaften geleistet haben. Unsere Mitglieder müssen ihre Kinder den Gewerkschaften zuführen und in den Betrieben müssen wir für die Gewinnung der Jugend tätig sein. Die arbeitende Jugend gehört in die freien Gewerkschaften!

Sodann folgt der

Kassabericht.

den Genosse **Kirchhof** erstattet. (Genosse Kirchhof, der zum Obmann des Allgemeinen Angestelltenverbandes gewählt wurde, ist aus den Diensten der Zentralgewerkschaftskommission ausgeschieden. Genosse Macoun dankte ihm unter dem Beifall der Delegierten für seine langjährige Arbeit.) Aus dem Bericht geht hervor, daß die finanziellen Verhältnisse des Bundes günstige sind. Die erhöhten Ausgaben wurden gedeckt, ohne daß an die Verbände wegen größerer Leistungen herangetreten werden mußte.

Nur die

Kontrolle

spricht Genosse **Taubert**, der den Antrag stellt, dem Sekretariat die Entlastung zu erteilen und dem Vorstand sowie den Beamten Vertrauen und Anerkennung auszusprechen.

Darauf folgt die

Wechselrede

Erster Redner ist **Nitschmann** (Kreisgewerkschaftskommission Reuttsheim), der insbesondere darlegt, daß die Gewerkschaften ein Interesse an einer wahrhaften Schulreform haben. **Müller** (Angestelltenjugend) weist auf die Arbeit des Angestelltenverbandes für die Gewinnung der Jugend hin, auf Jugendkassen, die Jugendzeitung. Die Jugendarbeit des Verbandes verläuft in keiner anderen Bahn als in der sozialistischen, die Angestelltenjugend will den Sozialismus.

Doße (Kinderfreunde) führt aus, daß der Kampf um die Jugend zu einer Lebensfrage der Arbeiterbewegung geworden sei. Die Beeinflussung unserer Kinder durch die Gegner ist viel stärker als früher.

Böhm (Textilarbeiter): Die Kinder des Proletariats sind unter dem Einfluß der deutschbürgerlichen Turnvereine und wir müssen sie diesem Einfluß entziehen.

Gerner (Metallarbeiter) verlangt die Vervollständigung der Lehrverbände, damit die Jugendlichen organisiert werden können.

Reher (Textilarbeiter) legt dar, daß die Anzahl der jugendlichen Arbeiter in der Textilindustrie auch relativ zurückgegangen sei. Arbeiter, die früher von Jugendlichen vertrieben wurden, werden nun von erwachsenen Arbeitern geleistet.

Rimmer (Kreisgewerkschaftskommission Reichenberg): Wenn wir in der Bildungsarbeit nachlassen, lassen wir nach in unserem gewerkschaftlichen Kampf.

In seinem Schlusswort wünscht Genosse **Weigel**, die trefflichen Ausführungen der Debatteredner mögen bei den Mitgliedern Beachtung finden. Er gibt die Parole aus:

Jeder Vertrauensmann von uns muß Jugenderschicker sein!

Es wird hierauf der Antrag der Kontrolle auf Entlastung des Vorstandes angenommen sowie ein von einer Reihe von Delegierten angenommener Antrag, worin der Kongreß „sich in vollem Umfange einverstanden erklärt mit den Grundthesen und der Politik, die der Deutsche Gewerkschaftsbund zur Richtschnur seines Handelns genommen hat. Mit Genug-

tuung wird festgestellt, daß die Zentralgewerkschaftskommission in der Wahrung der Interessen der Arbeiter und Angestellten mit der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und deren parlamentarischer Vertretung einvernehmlich zusammenwirkt und so dafür sorgt, daß deren Forderungen auf parlamentarischem Boden nachdrücklich vertreten werden. Der Kongreß erklärt sich mit der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes völlig einverstanden und spricht der Zentralgewerkschaftskommission das uneingeschränkte Vertrauen aus.

Den Ablauf des zweiten Verhandlungstages bildet ein umfassendes Referat des Genossen **Schäfer** über

Wirtschaftsfragen und Sozialpolitik



Der Referent führt ungefähr aus: Was wir in den letzten Jahren erlebt haben, haben wir uns niemals zuvor vorgestellt. Es ist mehr an Erschütterungen der Wirtschaft gekommen, als man ahnen konnte. Dabei stehen wir noch immer nicht am Anfang einer härteren Aufschwungsperiode, sondern befinden uns in einem schlimmen Krisenzustande. Der ersten Nachkriegskonjunktur, während welcher die Gewerkschaften einen Teil ihres sozialpolitischen Programms durchsetzen konnten, folgten bald Rückschläge. In einer Reihe anferentropischer Länder sind große Industrien entstanden.

Die Agrarstaaten haben sich industrialisiert und die Industriestaaten reagrarisert.

Soweit sich die Staaten wirtschaftlich unabhängig vom Ausland machen konnten, ist es geschehen. Der Produktionsapparat der Welt ist größer, die Menschen ärmer geworden, von zwei Milliarden Menschen leben nach den Feststellungen des Völkerbundes 500 Millionen unter dem Existenzminimum. Nur durch Eingriffe in die Weltwirtschaft kann eine Besserung erzielt werden. In der Viehwirtschaft sei es am ärmsten in den Gebieten der Exportindustrie, das sind jene, in denen die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes leben. Die aufgeworfene Frage der Umstellung auf andere Industrien ist nicht so leicht zu lösen.

Was ist angesichts dieser Situation die Aufgabe der Gewerkschaften? In erster Linie Sorge für die Arbeitslosen. Die Gewerkschaften werden nicht dulden, daß die Arbeitslosenunterstützung gegenüber ihrem bisherigen Stand eingeschränkt werde. Ein Mittel der Bekämpfung der Krise ist die Planwirtschaft. Aber darunter verstehen die Agrarier etwas anderes als die Gewerkschaften!

So stellen wir uns die Planwirtschaft nicht vor, daß dem wirtschaftlich härteren Teil seine Profite gekürzt werden.

Auch in der Industrie halten wir eine Ordnung für notwendig, aber diese Neuorganisation darf nicht auf Kosten der Arbeiter gehen. Die Arbeiter müssen auf die Syndikate Einfluss haben. Auch mit der

Der Ruhm des Kämpfers Don Jak London

Copyright by Universitäts-Verlag, durch Dr. Präger, Pressedienst, Wien.

Sie sah es und fühlte den Druck der Hand, die sie zu ihm ziehen wollte. Und zu ihrem Erschrecken merkte sie, daß sie sich ihm gern unterworfen hätte, und spürte einen fast unwiderstehlichen Drang, von diesen starken Armen umschlungen zu werden.

Dafür er sie gezwungen, so würde sie keinen Widerstand geleistet haben, das wußte sie. Sie war ganz benommen, als er sich befaß und mit einem Druck, der ihre Finger knaden ließ, ihre Hand fest fortgeschleuderte.

„Oergott!“ flüsterte er. „Sie sind ja für mich geschaffen!“

Er wandte sich halb von ihr ab und strich sich mit der Hand über die Stirn.

Sie wußte, daß sie ihn ewig geliebt haben würde, wenn er jetzt Entschuldigungen oder eine Erklärung gesammelt hätte. Aber wenn es sich um sie handelte, schien er immer gerade das Richtige zu tun.

Sie ließ sich auf ihren Stuhl sinken, und er setzte sich auf einen andern, den er zuerst so drehte, daß er ihr über die Schreibtischdecke hinweg gerade ins Gesicht sah.

„Ich war gestern den ganzen Abend im Türkschen Bad“, sagte er. „Von dort schickte ich nach einem alten, längst erledigten Boxer. Er war letztenszeit mit meinem Vater befreundet gewesen.“

Ich wußte, daß es im Sport nichts gab, worüber er nicht Bescheid wußte, und ich ließ mir von ihm erzählen.

Das Lustigste war, daß es mir nur mit Mühe gelang, ihn davon zu überzeugen, daß ich selbst nichts von den Dingen wußte, nach denen

ich ihn fragte. Er sagte, ich sei ein Kind aus den Wäldern, und ich glaube, er hat recht. Ich bin in den Wäldern groß geworden und kenne sonst nichts von der Welt.

„Wissen Sie, was ein Doppelkreuz ist?“

„Sie nicht, und er fuhr fort:“

„Na ja, die Leute scheinen nie eine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, ohne das Doppelkreuz gegeneinander anzuwenden.“

Was mir der Alte erzählte, benahm mir direkt den Atem. Da bin ich nun seit Jahren mit den drei und weiß von nichts. Ich bin wahrhaftig ein Kind aus den Wäldern gewesen.

Aber jetzt lebe ich, wie man mich an der Kasse herumgeführt hat. Ich war von Natur so, daß niemand mich aufhalten konnte. Ich mußte siegen, und dank Stubener wurde aller Schwindel von mir ferngehalten.“

Und Stubener gedachte mich zu all seinen Schiebungen, nur daß ich keine Ahnung davon hatte. Wenn ich jetzt nachdenke, kann ich sehen, wie sie es machten. Ich interessierte mich nicht genug für den Sport, um Verdacht zu schöpfen. Ich bin mit einem starken Körper und einem kühlen Kopf geboren, ich bin in der freien Natur aufgewachsen und von einem Vater erzogen, der mehr vom Boxen verstand als alle andern Lebenden oder Toten. Es wurde mir zu leicht gemacht. Der Ring war nicht mein ein und alles. Es gab für mich ja nie einen Zweifel am Ausfall des Kampfes. Aber jetzt bin ich fertig damit.“

Sie zeigte auf die Ueberschrift in der Zeitung, die seinen Kampf mit Tom Cannam ankündigte.

„Das ist Stubeners Wert“, erklärte er. „Das ist schon vor Monaten festgesetzt. Aber ich kümmerte mich nicht darum. Ich gehe in meine Berge. Ich bin fertig damit.“

„Wie herrlich die Männer doch sind“, sagte sie. „Sie bestimmen das Schicksal, tun, was ihnen beliebt und —“

„Wenn ich recht gehört habe“, unterbrach er sie, „haben Sie auch immer ganz hübsch getan,

was Ihnen beliebte. Das gehört ja auch zu den Dingen, die ich so an Ihnen liebe. Und was mir gleich beim erstenmal so auffiel, war, wie gut wir beide uns verstanden.“

Er schweig und betrachtete sie mit heißen Augen.

„Eines habe ich doch dem Boxen zu verdanken“, fuhr er fort. „Es hat mich mit Ihnen bekannt gemacht und wenn man die richtige Frau findet, dann ist nur eines zu machen: sie mit beiden Händen zu greifen und nicht wieder loszulassen.“

Kommen Sie, lassen Sie uns in die Berge gehen!“

Das kam so plötzlich wie ein Donnerschlag, doch fühlte sie, daß sie es erwartet hatte. Ihr Herz pochte, und ihr war, als sollte sie auf eine seltsam angenehme Weise ersticken. An Einfalt und Offenherzigkeit konnte sie jedenfalls nicht mehr erwarten.

Und dazu war es wie ein Traum. Solche Dinge pflegten doch sonst nicht in modernen Zeitungseditionen zu geschehen. Auf diese Weise konnte man einer Frau doch nicht den Hof machen, das war nur auf der Bühne und in Romanen möglich.

Er hatte sich erhoben und streckte ihr beide Hände entgegen.

„Ich wage es nicht“, flüsterte sie, halb bei sich. „Ich wage es nicht.“

Für einen kurzen Augenblick sah sie es verächtlich in seinen Augen aufblitzen, die aber gleich darauf offene Ungläubigkeit ausdrückten.

„Sie würden alles wagen, was Sie wollten“, sagte er. „Das weiß ich. Hier ist die Frage nicht, ob Sie es wagen, sondern ob Sie wollen. Wollen Sie?“

Sie war aufgestanden und sie wollte. Ihr war, als träumte sie. Sie versuchte, sich im Zimmer umzusehen, um mit Hilfe der ihr vertrauten Gegenstände gleichsam sich selbst wiederzufinden und in die Wirklichkeit zurückzulehren, aber sie

konnte den Blick nicht von ihm wenden. Und sie sagte auch nichts.

Er war neben sie getreten. Seine Hand lag auf ihrem Arm, und unwillkürlich lehnte sie sich an ihn. Das war alles ein Teil des Traumes, und sie brauchte nichts mehr zu fragen.

Es war das große Wagnis. Er hatte recht. Sie konnte wagen, was sie wollte, und sie wollte.

Er half ihr in die Jacke. Sie legte sich den Hut auf. Und erst, als sie neben ihm durch die offene Tür hinausschritt, wurde ihr alles klar.

Im Portal des Gebäudes hob er die Hand, um eine Droffle herbeizuwinken, aber ihre Hand berührte die seine und hielt ihn zurück.

„Wo wollen wir hin?“ flüsterte sie.

„Nach der Fährte. Wir können gerade noch den Zug nach Sacramento erreichen.“

„Aber ich kann doch nicht so weggehen“, protestierte sie. „Ich... ich habe ja nicht einmal ein Taschentuch zum Wechseln.“

Koch ehe er antwortete, hob er wieder die Hand. Dann sagte er:

„In Sacramento kannst du laufen, was du brauchst. Dort heiraten wir und fahren noch mit dem Abendzug nach dem Norden. Ich ordne alles telegraphisch vom Zuge aus.“

Als das Auto am Bürgersteig vorfuhr, warf sie einen Blick auf die vertraute Straße und das Menschengewimmel, dann wandte sie sich plötzlich erschrocken zu Glendon, sah ihm ins Gesicht.

„Ich kenne Sie ja gar nicht“, sagte sie. „Wir wissen alles von einander“, lautete seine Antwort. Sie fühlte, wie sein Arm sie stützte und sie gleichzeitig zwang, den Fuß auf das Trittbrett zu setzen. Am nächsten Augenblick wurde die Tür zugeschlagen; dann fuhr der Wagen die Market Street hinunter. Er schlang seinen Arm um sie, presste sie an sich und küßte sie. Und als sie den Zug sah, ihm ins Gesicht zu sehen, war sie sicher, daß es leise gerädet war. (Fortsetzung folgt.)

Arbeitsvermittlung muß endlich Ernst gemacht werden. Solange wir keine ordentliche Arbeitsvermittlung haben, wird es nicht möglich sein, dem Treiben der ZDP bei der Vermittlung von Stellen wirksam entgegenzutreten. In der Richtung des Kampfes um den deutschen Arbeitsplatz müssen wir unseren Willen entschieden zum Ausdruck bringen, deutschen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, den öffentlichen

Dienst möglich gemacht werden. Ein wichtiges Kapitel der staatlichen Sozialpolitik ist auch der Schutz der Jugend. Eine Sicherung gegen die Krise ist nur die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung, die Durchsetzung sozialistischer Grundzüge im Wirtschaftsleben. Nach dem Referat des Genossen Schäfer werden die Verhandlungen auf Montag früh vertagt.

Dritter Tag:

Staatsangestelltenfragen und Syndizierungsproblem

Der dritte Tag der Verhandlungen begann mit dem Schlusswort des Genossen K a e o u n zum Tätigkeitsbericht der Gewerkschaftskommission. Es wurde ein Antrag angenommen, die Zahl der Mitglieder der Zentralgewerkschaftskommission von zwölf auf 15 zu erhöhen. Desgleichen fand ein Antrag Annahme, die Bildungsarbeiten in größerem Rahmen fortzuführen. Einmütig fand die Entscheidung Annahme, in welcher der Zentralgewerkschaftskommission der Dank und das Vertrauen ausgesprochen wird.

Genosse H e g e r (Metallarbeiter) gibt das Ergebnis der Verhandlungen der Mandatsprüfungskommission bekannt. Danach sind vertreten: 20 Verbände durch 16 Delegierte, 16 Mitglieder der Zentralgewerkschaftskommission, zehn Vertreter der Redaktionen, 18 Kreisgewerkschaftskommissionsvertreter und 31 Gäste.

Genosse G r ü n z e r (Eisenbahner) spricht über

Die Existenzverhältnisse der öffentlichen Angestellten und Staatsbediensteten.

Die Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten und Staatsbediensteten haben Jahre schwerer Arbeit hinter sich. Bei den Bestrebungen, die Existenzbedingungen der öffentlichen Angestellten zu erhalten und den Arbeitsplatz der Deutschen zu verteidigen, hat sich die K o a l i t i o n s p o l i t i k unserer Partei durchdringend ausgedrückt. Es gelang von der vorgegebenen Abbausumme in der Höhe von einer Milliarde und einer Million K 500 Millionen K 4 abzuziehen. Die Bürokratie in den höheren Staatsstellen hat oft die Befehle schlimmer ausgelegt, als sie gedacht waren. Kundmachungen wie der Machtk-Erlaß und Rechnungen sind nicht geeignet, die Lage der deutschen öffentlichen Angestellten zu erleichtern. Trotz alledem ist Genosse Grünanger der Meinung, daß es im Rahmen unserer demokratischen Staatspolitik möglich sein wird, die Interessen der öffentlichen Angestellten erfolgreich wahrzunehmen, wenn die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen unterstützt werden.

Genosse A i r s o f, Obmann des Allgemeinen Angestelltenverbandes, spricht im Namen und im Auftrag der

Privatangestellten.

Die sozialpolitische Gesetzgebung der Tschechoslowakischen Republik ist zwar nicht vollkommen, kann sich aber im Rahmen der europäischen Industriestaaten sehr gut leben lassen. Wir haben Einrichtungen, die selbst in den Nachbarstaaten unbekannt sind. Das Pensionsversicherungsgesetz z. B. ist als muttergütlich zu bezeichnen. Jedoch ergeben sich infolge der Krise einige Schwierigkeiten. Sozialpolitik ist ein wichtiger Teil der Staatspolitik und muß infolgedessen im Mittelpunkt derselben stehen. Die Frage der Erhaltung des Arbeitsplatzes für den deutschen Arbeiter und Angestellten wird immer dringender. Jede Verlegung eines Betriebes in das Innere Böhmens läßt wohl die Maschinen wandern, aber die Angestellten bleiben zurück. Kirchhof setzt sich dann im weiteren Verlauf seiner Ausführungen besonders für die Musiker und Bühnengedächtnigen ein. Radio und Militärmusik haben die Lage der Schauspieler und Musiker verschlechtert. Es bedarf in Zukunft der Aufwendung aller Kräfte, um die Rechte und Erwerbschancen der Arbeitnehmer zu erhalten und zu erweitern.

Tisch vom Verband der Postler unterbreitet dem Kongress interessantes Material über die Gehaltsbedingungen der öffentlichen Angestellten, namentlich der Postbediensteten. Von 1928 bis 1930 sind 8 Milliarden K 4 für öffentliche Angestellte weniger ausgezahlt worden, als vorgeesehen war. Im Jahre 1933 haben sie 600 Millionen K 4 und im Jahre 1934 350 Millionen K 4 durch Gehaltsabbau verloren. Es muß dabei beachtet werden, daß der Staatsbedienstete nur 64 Prozent seiner Bruttoeinnahmen ausgezahlt erhält. Die Postboten haben ein monatliches Einkommen von durchschnittlich 326 K 4, die Beamtenanwärter ein solches von 458 K 4.

C e e h (Eisenbahner): Es muß von dieser Stelle aus entschieden gegen die parteimäßige Ausnützung der politischen Macht der Agrarier zu Ungunsten der Staatsangestellten Verwahrung eingelegt werden. An alle Faktoren des öffentlichen und privaten Lebens muß ein dringender Appell gerichtet werden, die S p r a c h e n r a

z i s z u m i l d e r n, das Tor zum öffentlichen Dienst dem Deutschen mehr zu öffnen und den heute Bediensteten die Möglichkeit des Aufstieges zu geben.

M a r a n i von den Holzarbeitern setzt sich warm für den Schutz der Heimarbeiter ein. 150.000 Heimarbeiter dieses Staates gehören zu den schlecht bezahlten Schichten dieses Landes.

K ü l l e r vom Allgemeinen Angestelltenverband spricht zur Krise der jugendlichen Arbeiter und Angestellten. Wenn Staat und Gesellschaft hier nicht bald eingreifen, dann sind die Folgen gar nicht abzusehen.

K a h e r von der Union der Textilarbeiter: Die Unternehmer versuchen den Arbeitern das Anrecht auf bezahlten Urlaub zu nehmen, indem sie sie zeitweilig entlassen.

K e h w a l d (Union der Textilarbeiter): Die Gewerkschaften sind vor die gewaltige Aufgabe gestellt, auf der Grundlage vollständig veränderter Verhältnisse den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt zu verteidigen. Der Wirtschaftsumbruch hat das Sozialprodukt herabgedrückt. Es handelt sich ferner darum, regelmäßig in den Gesamtwirtschaftsprozess einzugreifen. Dabei geht es nicht so sehr um die Regelung der Produktion, sondern um die Veränderung der Verteilung des Arbeitsvertrages. Diese Aufgabe muß in den Mittelpunkt von Staat und Gesellschaft gestellt werden.

Der Staat ist heute nicht mehr die Wächter- und Schlichtergesellschaft des Privatkapitalismus, sondern zum bestimmenden Faktor in der Wirtschaft geworden.

Zur Stellung der Gewerkschaften gegenüber den Syndikaten macht K e u r a n n, Obmann der Glasarbeitergewerkschaft, auf Grund praktischer Erfahrungen aufschlußreiche Mitteilungen. Die Zwangsindizierung stellt an die Gewerkschaft die schwierige Aufgabe mitten zu müssen in dem Bestreben, die Interessen der Arbeiter hierbei zu wahren. Unsere Mitarbeit in den Zwangsindikatoren ist zwar kein Sozialismus, aber praktische Wirtschaftspolitik auf allerdings feinem Boden. Für die Glasarbeiter, die am schwersten unter der Krise zu leiden haben und froh sein müssen, wenn sie nur 65 Prozent arbeitslose Mitglieder aufzuweisen haben, ergab sich die einfache Notwendigkeit durch die Syndizierung eine Regelung der Produktion herbeizuführen. Es geht darum, den technischen Arbeitsvorgang in eine Form zu bringen, damit nicht neue Arbeitslosigkeit erzeugt wird.

Die Verhandlungen werden Dienstag fortgesetzt.

Arbeiterschaft gegen Henlein-Faschismus

Partei-Vorsitzender Dr. Czech über unsere Aufgaben

Wie wir bereits berichtet haben, fand sich auf dem Gewerkschaftskongress in Reichenberg auch Minister Dr. Czech ein, der die delegierten Vertrauensmänner beglückte. Aus der Rede des Parteivorsitzenden wird der folgende Teil der Rede (die wir im Auszug schon veröffentlicht haben) besonders interessieren:

In den letzten Tagen ist — also mitten in dem größten Krisenjahr — ein Drittel der Belegschaft in dem der Müllig-Union gehörigen Aufsteiger Betrieb entlassen worden. Biele von den Entlassenen sind vor Jahresfrist den Volksgemeinschaftspropaganda auf den Leim gegangen und bekommen nun die Peilschere von der sogenannten Schicksalsgemeinschaft, von der Schicksalsverbundenheit zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer am eigenen Leibe zu spüren! Dabei handelt es sich in diesem Falle nicht um einen beliebigen kleinen Privatbetrieb, sondern um ein Unternehmen eines deutschen Wirtschaftsführers von besonderem Glanz. Wenn solches möglich ist, dann müssen wir uns fragen, wessen die jüdisch-deutschen Arbeiter seitens der übrigen deutschen „Arbeitervater-Kameraden“ kleineren Kalibers gewärtig sein müssen. Wir für unseren Teil haben uns diesbezüglich niemals irgendeinem Zweifel hingegeben und darum von der ersten Stunde vorausgesehen, daß es sehr bald in der Henleinischen „Arbeiter-

Reichsjugendtag ohne Kommunisten

Ablehnung der kommunistischen Einheitsfrontmanöver Ein Beschluß der Veranstalter

Die Kreisdelegierten der Bodenbacher Parteizeitung und der Volksgemeinschaft des Sozialistischen Jugendverbandes haben das kommunistische Einheitsfrontmanöver in einem Schreiben beantwortet, in dem es u. a. heißt:

„Aus Eurem Briefe erfahren wir, daß von Euch schon in einer Kreisdelegiertenversammlung am 22. März l. J., also vor über zwei Monaten, der Beschluß gefaßt wurde, alle Eure Parteimitglieder, solche Eurer Jugend wie der Gewerkschaften und Kulturorganisationen aufzufordern, an unserem Reichsjugend- und Kreisarbeitertag teilzunehmen, in Eurem Zentralorgan, der „Roten Fahne“, war schon am 3. April d. J. ein diesbezüglicher Aufruf an Eure Mitglieder zu lesen, weitere Aufrufe sind seither wiederholt erschienen, Flugblätter habt Ihr verbreitet, aber uns, die verantwortlichen Veranstalter, seht Ihr von Eurem Beschluß erst mit dem Briefe vom 20. Mai, also zwei Monate nach Eurer Konferenz und acht Tage vor der Veranstaltung in Kenntnis.“

Der sozialistische Jugendverband und unsere Partei arbeiten seit sechs Monaten an der Vorbereitung des Reichsjugend- und Kreisarbeitertages, die ein schweres und verantwortungsvolles Stück Arbeit bedeutet, das nur bewältigt werden konnte, weil sich hunderte von Funktionären unserer Jugend und der Partei opferwillig in den Dienst der Sache stellten. Diese Vorbereitungsarbeiten sind nun abgeschlossen. Wenn es Euch nicht vollkommen gleichgültig wäre, wer die eigentliche Last der monatelangen Arbeit vor unserer Veranstaltung tragen muß, dann hättet Ihr die Pflicht fühlen müssen, Euch sofort mit uns in Verbindung zu setzen und Eure Mitarbeit anzubieten, als Ihr zu der Ueberzeugung kamt, daß Euch eine Teilnahme erwünscht sei. Darauf kam es Euch aber nicht an. Der Sozialistische Jugendverband und unsere Partei leistete allein die Borarbeit und trägt allein das schwere finanzielle Risiko und die Verantwortung. Der erste

Wille zu einer gemeinsamen Veranstaltung ist nicht allein aus der Bereitschaft nur an der Demonstrationsoberfläche erkenntlich. Kein Funktionär von Euch hat bei uns eine Eintrittskarte bestellt, niemand ein Zeitabzeichen, keine Propagandamaterial. Ihr gebt eigene Zeitabzeichen heraus und bietet sie sogar unseren Genossen zum Kauf an, um Euch, nicht aber um eine gemeinsame Veranstaltung finanziell zu sichern.

Wir sehen in der Tatsache, daß Ihr uns 8 Tage vor dem Reichsjugend- und Kreisarbeitertag, von dem Ihr mindestens seit Anfang März d. J. Kenntnis habt, ein Angebot auf Teilnahme mit Fahnen, Standarten und Rednern macht, eine Methode, die unter sozialistischen Organisationen unmöglich ist. Es ist die Taktik der Ueberredung. So kann man nicht den Weg einer Verständigung suchen und deshalb lehnen wir Euer Angebot auf Teilnahme am Reichsjugend- und Kreisarbeitertag ab. Wir lehnen aber auch Eure Art der Propaganda ab. Aus einer Reihe von Organisationen liegen Mitteilungen vor, daß Vertrauensmänner Eurer Partei an unsere Genossen mit der Mitteilung herangetreten sind, es hätten Beratungen zwischen dem Vertrauensmann Eurer Partei, Genossen Habel, und Mitgliedern unserer Kreisdelegation stattgefunden. In Eurem Brief selbst teilt Ihr mit, daß die Bezirksorganisation Bodenbach den Beschluß gefaßt habe, es würde eine gemeinsame Rundgebung abgehalten. Beides ist un wahr. Wir lehnen diese Methoden mit aller Entschiedenheit ab und sehen auch darin einen der maßgebenden Gründe für die Ablehnung Eures Angebotes.

Der sozialistische Jugendverband und die Kreisorganisation Bodenbach der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei tragen daher allein die Verantwortung vor der Öffentlichkeit und vor den Behörden. Es besteht keine Möglichkeit, daß sich einige kurze Tage vor der Veranstaltung nach Abschluß aller Vorbereitungen ein dritter Faktor in diese Verantwortung teilen kann.“

Ständegruppe“ zur grandiosen Entzauberung kommen wird und daß jenen jüdisch-deutschen Arbeitern, die sich von den nazistischen Kattenfängern einfangen ließen, sehr bald die Schuppen von den Augen fallen werden. Wir wissen, daß dies nicht über Nacht kommt, daß sich die Entlarzung dieser Partei nur langsam, für viele unserer Genossen viel zu langsam vollziehen wird. Aber, Genossen, sie wird und muß kommen, dafür spricht bereits eine ganze Reihe von deutlichen Anzeichen.

Genossen! In Dux-Bilin, in diesem heißen nationalistischen Wetterwinkel, haben wir bei den letzten Bezirkswahlen trotz des von der Henleinpartei entfesselten Furor teutonico, trotz des gewaltigsten Propagandaaufgebotes, nicht nur unseren letzten Beststand gehalten, sondern auch noch neue Stimmen dazugewonnen, während die Henleinpartei, nur dank der christlichsozialen Mildtätigkeit, ein Plus von 500 Stimmen zusammentragen konnte.

Bei einer ganzen Reihe von Betriebsräte-wahlen, die in Textil- und Metallbetrieben stattfanden, haben unsere Gewerkschaften gegen den langzeitigen Angriff aller anderen deutschen Parteien ihre Positionen nicht nur behauptet, sondern zumeist noch wesentlich verbessert. Es geht also wirklich vorwärts. In allen Teilen unserer Bewegung stoßen unsere Genossen vor. Sie schlagen sich überall tapfer. Es wächst ihre Zuversicht und ihr Kampfeifer und damit ihre Schlagkraft.

Allerdings noch sind die Gefahren, die uns umgeben, nicht gebannt. Noch ist unser Land ringsum von der faschistischen Flut umspült, noch immer haben wir — besonders im deutschen Gebiet — den faschistischen Reind im Lande. Also müssen wir alle unsere Kräfte anspannen, und immer fester zusammenschließen, unsere Positionen zu einem unüberwindlichen Wall ausbauen, um den Reind aus seinem letzten Schlupfwinkel zu verjagen. Nur so werden wir allen Gefahren zu trotzen, nur so unsere Bewegung zu einer demütigen und unüberwindlichen Thalweg machen können.

Der englische Gesandte in Prag Joseph Addison wurde zum Botschafter Großbritanniens in Santiago de Chile ernannt. Auf seinen Prager Posten wurde der bisherige britische Gesandte in Sofia H e n r i c h B e n t i n d ernannt.

Der Reichskongress des Einheitsverbandes der Privatangestellten findet zu Pfingsten in Prag statt.

Die Gewinne der Rüstungsindustrie

Im „Károlyi Osobozeni“ macht A. Hliva auf die Börsenspekulation mit Aktien der Rüstungsindustrie und auf die unangemessenen Gewinne aufmerksam, welche diese Betriebe einheimen. Als Beispiel führt der Artikel die Munitionsfabrik Sellier & Bellot in Prag an, welche in ihrer letzten Bilanzierung die Auszahlung einer Dividende von 27,5 Prozent, das ist von 55 K 4 pro Aktie (gegenüber 25 Prozent, d. i. 50 K 4 im Vorjahr), beantragt hat. Dabei ist zu bedenken, daß dieser Betrieb anlässlich der Stabilisierungsbilanz unter die Aktionäre 45.000 Gratidividenen verteilt und damit sein Aktienkapital von neun auf 18 Millionen K 4 erhöht hat. Die Aktionäre erhalten also von dem tatsächlich eingezahlten Aktienkapital in Wirklichkeit heute eine Dividende von 55 Prozent (im Vorjahr 50 Prozent), in den beiden letzten Jahren also an Dividenden mehr, als sie an Aktienkapital eingezahlt haben. Die 45.000 Gratidividenen aus dem Jahre 1929, die an der Prager Börse heute pro Stück 2300 K 4 loften, sind dabei gar nicht berücksichtigt! Hier erwartet den Staat eine Aufgabe, welcher er sich auf die Dauer nicht wird entziehen können.

Anton Némec

Zehn Jahre sind verfloßen, seitdem Anton Némec, der Führer der tschechischen Sozialdemokratie gestorben ist. Die jüngere Generation in unserer Partei weiß nur wenig von ihm und deswegen sei hier gesagt, daß Némec eine der unvergesslichen Gestalten aus der tschechischen Arbeiterbewegung ist. Er kam 1897 von Wien nach Prag, wurde Chefredakteur des „Právo Lidu“, als dieses Tagblatt wurde und hat von da ab zwanzig Jahre die tschechische Sozialdemokratie geführt. 1907 und 1911 wurde er Abgeordneter von Prag-Leben, war Mitglied der revolutionären Nationalversammlung, erkrankte aber bald, so daß er im neuen Staate nicht mehr mit vollen Kräften tätig sein konnte. 1926 starb er und an seinem fünfzigsten Todestage gedenkt auch die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik ihres einstigen Mitkämpfers.

„Právo Lidu“ wird für Bodenbach und Komotau. Die Sonntagsausgabe des „Právo Lidu“ enthält einen Aufruf für die Beteiligung am Bodenbacher Reichsjugendtag und eine Uebersicht über das Programm. Ein zweiter Artikel berichtet mit Anerkennung über die Reichsliste des Klus anlässlich des Komotauer Festes.

Freiheitsruf an der Grenze



Jeder Genosse, jede Genossin kommt zu Pfingsten nach Bodenbach zum Reichsjugend- und Kreisarbeitertag

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Der SA-Sturm von Oberneukirchen

Wie der Ueberfall auf Waxenberg abgewehrt wurde

Wien. Offiziell wird energisch die Behauptung des reichsdeutschen Rundfunks dementiert, daß der beabsichtigte Einbruch in das Staudenberger-Schloß Waxenberg nicht von Nazis, sondern von revoltierenden Heimwehrenten verübt worden sei. Alle an dem Ueberfall Beteiligten sind nach amtlichen Feststellungen Mitglieder des illegalen SA-Sturmes aus Oberneukirchen.

Die Sicherheitsbehörden waren rechtzeitig — offenbar durch Spionage — informiert. Als die Nazis Samstag um halb 1 Uhr früh über die Schloßmauer kletterten, wurden sie von Gendarmen erwartet. Als sich die beiden Führer der Nazi-entzweiht haben, eröffneten sie das Feuer, um die Mordtäter zu töten. Die Gendarmen erwiderten das Feuer aus Maschinenpistolen. Dabei wurden etwa 60 Schüsse abgegeben.

Die Polizei verhaftete insgesamt 26 Personen, darunter den Gemeindeführer von St. Veit und den Oberlehrer von Oberneukirchen, der gleichzeitig Kommandant der lokalen Feuerwehr war, die nur eine Desorganisation für den SA-Sturm darstellte.

Stalin und Mussolini

(E.S.) Die Londoner liberalen „New Chronicle“ (21. 5.) läßt sich gleichzeitig von ihrem römischen und ihrem Moskauer Mitarbeiter folgendes melden: Auf der Suche nach neuen Bundesgenossen ist Mussolini auf den Gedanken gekommen, sich der Sowjetunion zu nähern. Man sei in Rom überzeugt, daß die Sowjetregierung zum Zwecke einer Isolierung Deutschlands für eine Annäherung an Rom zu haben wäre. In Moskau leugne man nicht, daß die Sowjetunion eine Entente mit Italien abschließen könne, wenn England nicht rechtzeitig sich zur Politik der kollektiven Sicherheit bekennen werde.

Britische Gesandtschaftswache in Addis Abeba bleibt

London. Im Unterhaus erwiderte Eden auf eine Frage, ob Großbritannien die Absicht habe, die Verstärkung der Schutztruppe der britischen Befandtschaft in Addis Abeba zurückzuziehen, daß zur Zeit eine bezügliche Absicht nicht bestehe, da die Lage noch keineswegs sicher sei. Dies sei auch der italienischen Regierung mitgeteilt worden. Die Regierung habe auch nicht die Absicht, ihre Befandtschaft zurückzuziehen. Der britische Gesandte werde jedoch in Kürze Addis Abeba verlassen und zu Urlaubszwecken nach England kommen.

tiges Maß zurückzuziehen, nämlich, indem wir hinzusetzen: „auf sudetendeutscher Seite“. — so bleibt genug übrig, mit dem sich ein anderer nicht leicht vor der Geschichte belasten möchte. Nebel genug für den Nachruhm, wenn die Geschichte es tut. Jedenfalls zeigen solche Ausprüche einen Grundfehler der SDP-Führung oder ihrer Propaganda. Man tut so, als ob man allein in diesem Staate wäre und allein bestimmen könnte, was zu geschehen habe und was nicht. Solange das die Leute glauben und solange sie glauben, daß glanzvolle Aufmärsche, mächtige Zugungen und überfüllte Versammlungen, wo sie immer häufiger unter sich sind, schon eine politische Tat seien, und zwar zugunsten derer, die sich soldatenmäßig zusammenfinden, kann man wohl ein großer „Volksmann“ sein, aber ist noch lange kein Politiker. Zu einem solchen gehört neben der Einsicht, die man von jedem Menschen verlangen muß, der ein Geschäft für andere betreibt, vor allem Voraussicht.“

Vom Verband „Deutsche Hilschule“ Reichenberg. Anlässlich der Ganztauglichen Ausstellung für das Hilschulwesen findet in Prag der 16. Verbandstag des Verbandes „Deutsche Hilschule“ dort am 30. und 31. Mai d. J. statt. Referenten für die Referentensammlung sind Oberlehrer Dr. Richard Schönbauer-Prag („Von den Stiefkindern des Lebens und von der Schule, die gibt, was ihnen die Menschheit schenkt“) und Univ.-Prof. Dr. Karl Sertorius-Prag („Erkenntnis und die Hilschule“). Gleichzeitig wird ein staatlicher Lehrgang für körperliche Erziehung an Hilschulen vom 31. Mai bis 6. Juni d. J. abgehalten. Die Kursleiterin ist Frau Turm- und Gymnastik-Lehrerin Hedwig Steiner-Troppan. Referenten des Kurfes sind: Univ.-Prof. Dr. Imhof-Prag („Sprachstörungen von anatomischen Standpunkt“), Frau Dr. Jaroschi-Kobylisch-Prag („Einfluss körperlicher Übungen auf nervenärztliche Kinder“), Dr. Grimm-Brüx („Körperliche Übungen und pädagogische Störungen“), Prof. E. Wünsch-Prag („Bildungsvorträge: Lehrgangsstätten für Hilschulen“). Kursanmeldungen bis 27. Mai d. J. an den Verband „Deutsche Hilschule“, Reichenberg, Adersgasse 7. — Samstag, den 30. Mai, findet die Eröffnung der I. Ganztauglichen Informations- und Propagandaausstellung des Hilschulwesens unter dem Protektorat des Ministers für Schulwesen und Volkshilfe Dr. Emil Franke statt. Durch die Ausstellung sind deutsche Führungen vorgesehen.

Grundsteinlegung zum Reichenberger Hospital-Neubau durch Minister Genossen Dr. Czech

Sonntag fand in Reichenberg die Grundsteinlegung des Neubaus der chirurgischen und physikalischen Abteilung des Reichenberger Krankenhauses statt. Anwesend waren Minister Dr. Czech für das Gesundheitsministerium, der Bürgermeister der Stadt Reichenberg mit den Stadträten, zahlreiche Abordnungen der Reichenberger Behörden und des Garnisonkommandos. Nach einem Bläserchor begrüßte Bürgermeister Kofka insbesondere den Minister und würdigte dessen unermüdete Lebensarbeit unter dem Leitwort „Die Gesunden den Kranken“, das die Devise auch für diese Feier und ihren Inhalt sein möge. Dann ergriff Minister Dr. Czech das Wort, scheidend einleitend, dann deutsch fortsetzend.

Dr. Czech besprach die Komplexität eines modernen, den Anforderungen der Wissenschaft mit gesteigerten Bedürfnissen der Reichenberger Bevölkerung entsprechenden Krankenhauses. Der neuen Anhalt soll die staatliche Schule zur Ausbildung von Geburtshelferinnen angeschlossen werden, die mit einem Aufwande von 1 Million Kč errichtet wird, den das Gesundheitsministerium zur Gänze übernimmt. In meiner bisherigen Wirkenszeit im Fürsorge-, im Arbeiter- und Gesundheitsreferat hat es mir niemals an dem notwendigen Verständnis für die Bedürfnisse der Stadt Reichenberg und auch nie an dem guten Willen und der jeweiligen Bereitschaft gefehlt, Ihrer Stadt in weitestgehender Weise hilfreich beispringen.

Ich war glücklich, daß ich Ihrer Stadt während meiner Betätigung im Fürsorgeamt auf dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge verhältnismäßig beträchtliche Summen für die von der Reichenberger Stadtgemeinde durchgeführte Rotstandsarbeiten flüssig zu machen in der Lage war und daß ich im Ressort der öffentlichen Arbeiten durch Gewährung von Beihilfen aus dem Straßenfonds das Projekt der Festenstraße mit zu verwirklichen und auch ihre Flugpläne vorwärts zu bringen verhalf.

Ich werde froh sein, wenn er mir gelingt, in meinem jetzigen Amt an der Ausgestaltung der sozial-hygienischen Einrichtungen Ihrer Stadt mitwirken zu können, deren Bedeutung als Zentrum eines so wichtigen industriellen Gebietes unserer Republik ich vollumfänglich kenne. Nehmen Sie also für die weitere Entwicklung Ihrer Stadt die herzlichsten Glückwünsche des Gesundheitsministeriums entgegen, das Ihre neue Schöpfung stets mit seinen guten Wünschen begleiten wird.

Freudiger Beifall folgte den Worten des Ministers. Dann erfolgte der Einbau der in einer verzierten kupfernen Kapselform befindlichen Grundstein unter den symbolischen Grundstein. Genosse Dr. Czech prägte nach seinen Hammeranschlägen nochmals den sinnvollen kurzen Satz: „Die Gesunden für die Kranken“.

Minister Genosse Dr. Czech besuchte sodann die Hebammenschule und die Rettungsgesellschaft. Eine Aussprache im Rathaus schloß den Besuch ab.

Blutige Rauferei

Henleinrowdys sprengen Kleinbauernversammlung

In Elsch bei Tachau fand am vergangenen Sonntag eine Kleinbauernversammlung statt, zu der sich gegen 400 Teilnehmer einfanden, darunter mehr als die Hälfte Henleinleute, die man nach den üblichen Methoden aus dem ganzen Tachauer Bezirk zusammengeholt hatte. Eigene Autobusse wurden gemietet, um die vertriehten Kaufbolde aus dem Hochtauer Gebiet in die Versammlung zu verfahren. Sie erschienen unter Führung eines gebietobekanntem Bankrotteurs, verkrachteter Studenten und Gutsbesitzers des Löwentstein'schen Meierhofes. Schon am Beginn sprachen Versammlungsteilnehmer die Befürchtung aus, daß eine Sprengung der Versammlung beabsichtigt sei, denn in mehreren Orten hätten am Vormittag die Henleinleute bereits offen davon gesprochen. Während des Vortrages des Genossen Schmidt, der sich vorwiegend mit wirtschaftlichen Angelegenheiten befaßte, die das Landvolk interessierten (Getreidemonopol, Schindenerregung, Bodenreform, Selbständigenversicherung usw.) kam die Absicht der Versammlungsprengung immer mehr zum Ausdruck. Ununterbrochen inszenierten die Henleinleute Stawolle und warfen dem Referenten Lüge vor, als er feststellte, daß der Henleinabgeordnete Kodina für die Beibehaltung des Getreidemonopols in der heutigen Form eingetreten sei. (Die Schimpfbelnden werden ihre Beleidigungen bei Gericht zu beweisen haben.) Die unausgesetzten Provokationen führten zu erregten Auseinandersetzungen, bis endlich einige Kleinbauern energisch Ruhe verlangten. Ein Versammlungsteilnehmer, der bis vor wenigen Tagen der Henleinpartei angehörte, sprang auf und wollte einen Henleinproleten feststellen.

Dies war nun das Signal zu einer wüsten Rauferei, in deren Verlauf die Henleinleute Stühle zerbrachen, Biergläser zertrümmerten und zu guter Letzt einen ihrer eigenen Kameraden blutig schlugen. Wie verheut die Leute bereits sind, zeigt auch, daß zwei Brüder gegen ihren eigenen Vater losgingen und ihn fälschlich bedrohten.

Viele anwesende Henleinleute, die sich noch einen Rest von Anständigkeit bewahrt hatten, verurteilten mit den kräftigsten Ausdrücken die Raufmethoden ihrer eigenen Parteigenossen. Die Drahtzieher dieses Ständes sind allerdings anderswo zu suchen. An der Versammlung nahmen eine große Anzahl Meierhofsarbeiter, Auzenheger und sonstiger Gutsangehörigen teil. Es steht fest, daß die Mehrzahl von ihnen nicht freiwillig in der Versammlung erschienen ist. Die Löwentstein'schen Meierhöfe in diesem Gebiete entwickeln sich schon seit längerer Zeit immer mehr zu Brutstätten des Faschismus und die Arbeiter müssen wohl oder übel der Henleinpartei beitreten, wenn sie ihren Verdienst nicht verlieren wollen. Dies ist namentlich bei dem Meierhof in Altkauz zu beobachten, wo seit der Unterstellung unter die Elischer Verwaltung wiederum ein Zuwachs bei der Henleinpartei zu verzeichnen ist. Auf einigen Höfen erfolgten auch Entlassungen von Leuten, die ihre Gesinnung nicht wechselten.

Es muß die Frage gestellt werden, wie lange die Behörden dem Treiben von Deutschland eingetragener Hakenkreuzpropagandisten in diesem Gebiete noch zusehen werden. Die Bevölkerung dort ist derart verheut, daß an ruhige Auseinandersetzungen in Versammlungen überhaupt nicht mehr zu denken ist.

Die Sache wird ja noch ein gerichtliches Nachspiel haben, bei dem es hoffentlich gelingen wird, die faschistischen Drahtzieher ausfindig zu machen und der verdienten Strafe zuzuführen.

Eine Lektion für Henlein

In der „Hamburger Zeitung“ wurde in zwei ausführlichen Artikeln Bilanz gezogen über das eine Jahr Henleinpolitik nach dem Wochtag vom 19. Mai. Es wird Herrn Henlein eine scharfe Lektion erteilt. Die „Hamburger Zeitung“ ist wohl gegen Henlein, darum aber noch lange nicht für die Demokratie. Immerhin ist s. B. der folgende Passus aus ihren Betrachtungen bemerkenswert:

„Konrad Henlein hat wiederholt erklärt, daß die SDP allein für die Sudetendeutschen verantwortlich sei, daß sie allein für den Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen oder, wie „Die Zeit“ schreibt, allein für Kampf und Verschönerung auf der ganzen Front zuständig sei. Wenn Herr Henlein wirklich meint, was er sagt, dann beneiden wir ihn nicht um den fürchterlichen Urteilsspruch, den er damit sich und der Tätigkeit seiner Partei gefällt hat. Aber wenn wir auch die „Verantwortlichkeit“ auf ein vernünft-

„Deutscher Reiseverein“

Aus dem Inseratenteil der sudetendeutschen arischen Blätter konnte man seit langem Ankündigungen eines neuen „Deutschen Reisevereines“ in Eger feststellen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, neben Fahrten in das benachbarte Dritte Reich auch Propagandafahrten in die sudetendeutschen Gebiete zu unternehmen. Obwohl der Egerer Deutsche Reiseverein keinesfalls befragt ist, derlei Fahrten, die nur von konzeptionierten Reisebüros durchgeführt werden dürfen, auszusprechen, begrüßt die „Rundschau“ die Tätigkeit dieses Vereines mit folgenden Worten:

„Der innere Wert einer Reise erhöht sich aber noch, wenn sie in der Gesellschaft gleichgesinnter Gefährten, die in enger Kameradschaft verbunden sind, durchgeführt wird. Denn gerade auf Fahrten und Reisen, auf denen alle die gegenseitige Hilfsbereitschaft und das gemeinsame Erlebnis bildet, wird die Gemeinschaft am stärksten belebt.“

Der „Deutsche Reiseverein“ hat bereits mit einem Einschießen der konzeptionierten Reisebüros

Donnerstag, den 28. Mai, spricht Gen. Kuna in Prager Rundfunk über

das dritte Bundesturnfest des Atus

Beginn der Sendung 6.10 Uhr (18.10).



gerechnet und in weiser Voraussicht nach einer Deckungsfirma Aussicht gehalten, die nunmehr in dem alexandrischen Komotauer Verkehrsverein gefunden wurde. Dieser Verein ist im Besitze einer Reisebürokonzeption, hat aber keine Mitglieder, da er durch verschiedene Vorläufer, angebliche Vertretungen des Vereinssekretärs, Kassabuchschadens im Vorjahr usw., bei der Komotauer Bevölkerung sehr an Ansehen verloren hat. Nunmehr fand eine Hauptversammlung dieses Vereines statt, die aber nicht stimmberechtigt war, da der Verein kein Mitgliederverzeichnis, bzw. keine Mitglieder hat. Außer einer Wenige Schulden, dem Zwangsverwalter und dem Geschäftsführer, einen ehemaligen Eisenbahner, der unentgeltlich für den Verein arbeitet, war also weiter niemand hier, der über den Verein hätte Bescheid wissen konnte, da ja die wenigen Interessenten, nicht stimmberechtigt waren. Aus einem Referat des Henleinanhängers Diehl war nun zu entnehmen, daß der Egerer „Deutsche Reiseverein“ den Komotauer Verkehrsverein übernehmen wolle, daß dies nur der heimischen Bevölkerung zugute komme usw. usw.

Man sieht also daraus, daß der „Deutsche Reiseverein“, der doch sicher kein Interesse hat, ein Liquidationsverfahren unternehmen nur aus „kameradschaftlichen Gefühlen“ zu übernehmen, beabsichtigt ist, nur die Reisebürokonzeption des Komotauer Verkehrsvereines an sich zu reißen, um mit dieser seine „Propagandareisen“ ungehindert durchführen zu dürfen.

Die deutsche Schulkundfunksendung am Mittwoch, zum Geburtstag des Herrn Präsidenten, beginnt entgegen allen früheren Verlautbarungen bereits um 8 Uhr 20 und dauert bis 8 Uhr 50. In dieser Sendung spricht Minister Genosse Dr. Ludwig Czech.

Guerillakrieg in Palästina

Jerusalem. Die Unruhen in Palästina dauern mit unverminderter Heftigkeit an. Bewaffnete arabische Banden unternehmen, wie das Reuters-Bureau meldet, in allen Gegenden des Landes Feuerüberfälle auf Polizei und Militär. Sie greifen sogar Panzerautos an. Die arabischen Terroristen sind mit Bomben ausgestattet, die sie mit ungewöhnlicher Kühnheit gegen die Panzerautos der britischen Besatzung schleudern. Noch gefährlicher als diese den Charakter eines Guerilla-Krieges tragenden Angriffe sind andere Terror-Akte, wie das systematische Zerschneiden der Telefonlinien und die Vernichtung der Getreideernte auf den Feldern.

Kämpfe zwischen der bewaffneten Nacht und arabischen Aufständischen finden dauernd und an vielen Stellen zugleich statt. Die heftigsten Kämpfe hat es in den Bezirken Nabulus und Tulleram gegeben. In Nabulus haben sich die Araber hinter Barricaden verschanzt und überfüllten die Polizei mit einem Steinhaufen. Die Polizei mußte von der Feuerwaffe Gebrauch machen, tötete zwei Araber und verwundete vier schwer. In dem nordpalästinensischen Orte

Afarjewich wurde ein Hilschulzist auf dem Dienstag von einem Unbekannten erschossen.

Aus allen Teilen des Landes werden arabishe Anschläge auf Autobusse berichtet. Die den Verkehr zwischen den einzelnen Städten unter militärischer Bedeckung aufrecht erhalten. In unmittelbarer Nähe von Jerusalem wurde ein Autobus, der von einem kleinen englischen Tank eskortiert wurde, von arabischen Freischärlern aus dem Hinterhalt mit einem Geschosshagel eingedockt. Die englische Bedienungsmannschaft erwiderte das Feuer aus ihren Maschinengewehren. Die Zahl der Verluste konnte bisher noch nicht festgestellt werden. In den Städten greifen gut bewaffnete Araberhaufen die Gebäude an.

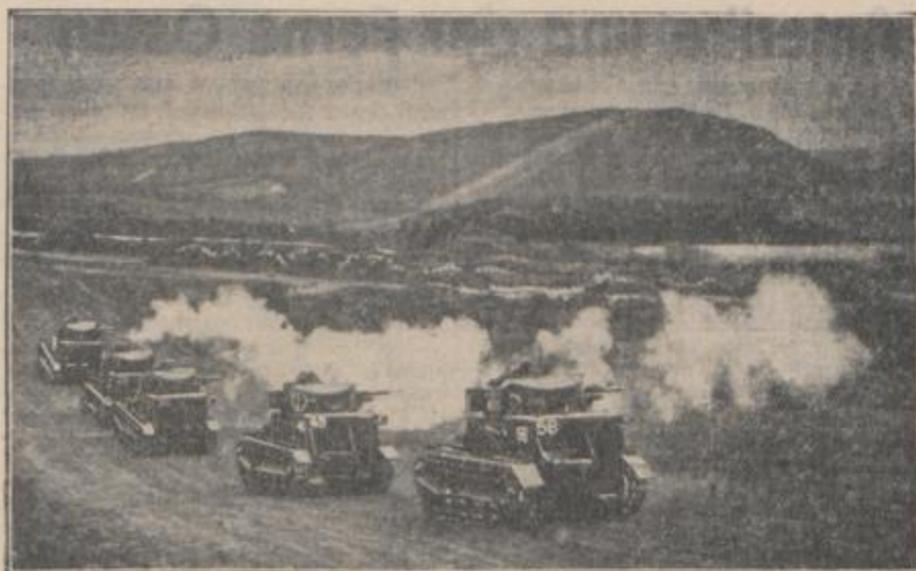
Arabishe Schaluppen haben gegen jüdische Dampfer auf dem Meer gegenüber dem Hafen von Jaffa Bomben geschleudert. Die Schaluppen wurden von britischer Polizei aus Tel Aviv beschlagnahmt.

Auch in der Stadt Oza wurden von den Arabern Barricaden errichtet. Die britischen Familien mußten aus ihren Wohnungen evakuiert und in den Polizeistationen untergebracht werden. Bei den Schießereien wurde ein Araber getötet.

Hebung des Konsums durch Minimallöhne

Die „Bohemia“ hat dieser Tage einen Zeitungsartikel veröffentlicht, wie man ihn in diesem Blatte bisher selten gelesen hat. Es ist charakteristisch, daß auch bürgerliche Kreise zur Erkenntnis kommen, der Konsum müsse gehoben werden, wenn es uns wirtschaftlich besser arben soll. Ein Mittel zur Hebung des Konsums sei aber auch die Einführung von Minimallöhnen. Zur Begründung dieses Standpunktes wird u. a. gefolgt:

Nicht nur der Arbeitslose mit seinem grauenhaften Schicksal, sondern auch der an der unteren Grenze der Existenzfähigkeit balancierende Intellektuelle — das Wort im allgemeinen Sinne verstanden — ist ein miserabler Konsument, von dem eine über das Primitivste hinausgehende Produktion keine Anregung erwarten darf. Unsere gesamte Wirtschaft, aber auch unsere gesamte Zivilisation, jetzt bedürftigste Menschen, jetzt Arbeitsteilung, jetzt Austausch der Arbeitsergebnisse, also Umlauf von Waren voraus. Das Geld spielt dabei die Aufgabe des Vermittlers. Unsere Wirtschaft zeigt zwar Zeichen der Belebung und der inneren Gesundung, aber das Tempo ist für ein unbewaffnetes Auge kaum erkennbar. Da unsere bisherigen Methoden sich als unzulänglich erwiesen haben, müssen auch wir andere Wege einschlagen. Die Durchleuchtung der Fragen: Wie entsteht Konsum? — Wie beläßen wir den Konsum? Wie wirkt er auf die Erzeugung und was dürfen wir mit gutem Gewissen auf seinen Spar investieren? Haben wir beschlagnahmtes Kapital, das wir in dieser Richtung amortisieren können? — wird zu einer dringlichen Forderung, wenn wir, anstatt mit verärmten Armen dazuzuhelfen, der Betarmung des Volkes, und wenn wir vor allem auch der Hoffnungslosigkeit unserer jungen Generation dadurch steuern wollen, daß wir dem Rad der auf Angebot und Nachfrage beruhenden Wirtschaft einen neuen Schwung geben.



Englische Tanks im Kampf

Zum erstenmal nach dem Kriege wurde in England vor der Öffentlichkeit und den ausländischen Militärsachverständigen das Königliche Tank-Korps in Aktion vorgeführt. Man sieht hier die Tanks beim Feuern in der Nähe von Zulworth, Dorset

An unsere Abonnenten, Verschleißer und Inferenten!

Anlässlich der Pfingstfeiertage wird am Montag, den 1. Juni nicht gearbeitet, so daß unsere Dienstaussgabe vom 2. Juni entfällt.

Die Verwaltung.

Tagesneuigkeiten

Hitler boykottiert die Sonnenfinsternis

Am 19. Juni wird es eine Sonnenfinsternis geben und die Astronomen der ganzen Welt treffen schon ihre Vorbereitungen, um das Phänomen zu beobachten, zu photographieren und zu studieren. Die Sternwarten Europas und Amerikas senden in diesen Tagen ihre Expeditionen nach Vorderasien, Rußland und Japan, den Gebieten, in denen die Sonnenfinsternis total sein wird, so daß dort wissenschaftlich ergiebige Feststellungen über die chemische Beschaffenheit der Sonne und andere Probleme zu machen sein werden.

Die astronomische Wissenschaft der ganzen Welt hat mobil gemacht, — nur die Wissenschaft des Dritten Reiches nicht. Zum ersten Male wird an der Beobachtung einer totalen Sonnenfinsternis keine Expedition aus Deutschland teilnehmen, und diese erschauerliche Tatsache gibt natürlich Anlaß, nach den Gründen zu fragen.

Schon die offizielle Antwort ist interessant. Es sei, so versichern die zuständigen Stellen im Dritten Reich, kein Geld für die kostspieligen Expeditionen nach Asien vorhanden. Nun ist ja allgemein bekannt, wofür im Dritten Reich Geld vorhanden ist: sogar für die „Wissenschaft“, sofern sie mit gleichgeschalteter Logik Kassen wertet und Hitler verhimmelt. Da von der Sonne, die über Krier und Nichtkrier leuchtet, keine Argumente für diese Art deutscher Wissenschaft zu beziehen sind, entbehrt ihre Erforschung im Dritten Reich des öffentlichen Interesses. Sie verfließt sogar im besonderen Fall dieser totalen Sonnenfinsternis größtenteils gegen das Interesse des Hitlerismus: denn die günstigsten Beobachtungsorte liegen im mittleren und östlichen Rußland, wo die Finsternis am längsten dauern wird. Aber Expeditionen aus dem Dritten Reich in die Sowjetunion konnten bei ihrer Rückkehr nicht nur Beobachtungen über das Sonnenspektrum, sondern am Ende auch Berichte über Rußland heimbringen, die den Verlautbarungen Hitlers, Goebbels' und der gleichgeschalteten Presse nicht ganz entsprechen. Man schürt also die Astronomen des Dritten Reiches vor dieser Eventualität, indem man ihnen befiehlt, das Himmelsereignis zu boykottieren.

Der Boykott ist umso gründlicher, als von dieser Sonnenfinsternis dem Dritten Reich noch eine ganz besondere Gefahr droht: die Beobachtung der Sonnenfinsternis könnte nämlich den Beweis für einen Kernpunkt der Lorentz- und Einsteinschen Relativitätstheorie erbringen: für die Lehre von der Ablenkung des Lichtes im Schwerfeld der Sonne. Bei der letzten totalen Sonnenfinsternis von 1929 hat der damalige Direktor des Potsdamer Einstein-Turmes, Professor Finlay-Freundlich, mit einer eigens für diesen Zweck konstruierten Kamera auf Sumatra Aufnahmen gemacht, die den Beweis nahezu erbrachten. Er hat den Apparat nachher noch verbessert, um bei der nächsten Gelegenheit sichere Resultate zu erzielen. Diese Gelegenheit wäre jetzt gekommen, — wenn nicht inzwischen Hitler gekommen wäre. Professor Finlay-Freundlich hat Deutschland verlassen und lehrt jetzt an der Universität Istanbul, sein Instrument aber ist in Potsdam geblieben und wird dort in sicherem Gewahrsam gehalten. Der es konstruiert hat, bekommt es nicht, und die es in Gewahrsam haben, dürfen es nicht benutzen, — weil die Reise, wie gefolgt, zu kostspielig ist.

„Mäßiges Ansteigen des Massenverbrauchs“

Bericht des Bankrats

Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt am 25. I. M. seine ordentliche Monatsversammlung unter dem Vorsitz des Gouverneurs M. Dr. Karel Engliš ab. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir:

Die Konjunkturverhältnisse verzeichnete in einigen Staaten eine mächtige vorübergehende Erholung, sonst freute jedoch die Welttendenz einem weiteren Depressionsrückgang entgegen und die Verbesserung verbreitete sich allmählich auf weitere Gebiete.

Die Entwicklung in der Tschechoslowakei unterscheidet sich in den letzten Wochen nicht von den vorhergehenden Monaten und war weiter belebt; die Unruhe im Auslande präfigierte sich im Inlande eher nur in einer lokalen Dämpfung des Unternehmerinteresses an neuen Unternehmungsdiskussionen.

Die Frühjahrsrevision und die grundlegende, leicht fortschreitende Wirtschaftsbelebung schaiten

allmählich beschäftigungslose Arbeitskräfte in den Arbeitsprozess ein, sowohl im Baugewerbe, welches nach den letzten ungleichmäßig, aber häufig bereits beträchtlich lebhaft ist, als auch in den weiteren Industriezweigen. In einigen Hauptgattungen der Konsumwaren kann im Inlande ein mäßiges Ansteigen des Massenverbrauches beobachtet werden.

In der Ausfuhr mehren sich ständig die Beschwerden über die unmäßige Konkurrenz auf den Auslandsmärkten, vornehmlich seitens Deutschlands. Die Exportzunahme nach freien Absatzmärkten wähet jedoch auch im April an, aber einer größeren Entfaltung stehen häufig die beschränkten, direkten Kompensationsmöglichkeiten hinsichtlich der Einfuhr nach der Tschechoslowakei sehr im Wege. Das Aprilpostum des Außenhandels ergab sich aus dem erhöhten Einfuhrbedarf, namentlich von Standard-Industrieerzeugnissen, so daß auch dies von der fortschreitenden Belebung der Wirtschaftstätigkeit zeugt.

Wo bleibt die Komintern?

Die Sowjetunion und die Sanktionen

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat auf ihren Beratungen in Brüssel den einzigen möglichen Standpunkt eingenommen, vor dem italienischen Imperialismus nicht zu kapitulieren und das neugeschaffene römische Imperium nicht anzuerkennen. Dem Angreifer darf nicht erlaubt werden, die Rechte seines Heberalles zu ernten, er darf für sein Verbrechen nicht noch eine Belohnung erhalten. Deswegen hält die Sozialistische Internationale an den Sanktionen fest.

Das ist eine klare Sprache. So hat die größte Partei der Internationale, die britische Arbeiterpartei, gesprochen und so die gesamte Internationale. Alle diejenigen Staaten, welche in Zukunft einen anderen angreifen wollen, müssen gewarnt sein.

Die Kommunisten nun haben der Sozialdemokratie abermals die Einheitsfront gegen den Krieg angeboten. Die Sozialdemokratie tut ihre Pflicht im Kampfe gegen die Kriegsgefahr, die Beratungen in Brüssel galten dieser für das internationale Proletariat augenblicklich bedeutungsvollen Frage und es wurde eben beschlossen, allen Einfluss der Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern dazu zu verwenden, daß die Sanktionen aufrecht erhalten werden.

Wo blieb aber die Kommunistische Internationale? Wo blieb die Stimme der größten kommunistischen Partei, der KP der Sowjetunion? Die Komintern schweigt und in der Sowjetunion ist alles ruhig.

Sie schweigen deswegen, weil die Außenpolitik der Sowjetunion und insbesondere ihre Einstellung zu den italienischen Sanktionen nach dem Siege Italiens über Abessinien ins Schwanken geraten ist. Das „Journal des Moskau“, das

Organ des Moskauer Außenamtes, hat einen Artikel veröffentlicht, dessen Inhalt nichts weniger bedeutet, als Abessinien seinem Schicksal zu überlassen und sich nur um Deutschland zu kümmern. Ebenso kann man die Tatsache nicht ableugnen, daß sich die EZM im Kampfe mit dem italienischen Faschismus begnügt hat — mit den Genfer Sanktionen. Die kommunistische Partei hat den Sozialisten die Einheitsfront zum Zwecke der Durchführung von Arbeiter-sanktionen gegen Italien angetragen. Die Kommunisten haben der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sogar vorgeworfen, sie sei mit Schuld an dem Siege des italienischen Faschismus insofern, als sie die Einheitsfront mit den Kommunisten in der Frage der Arbeiter-sanktionen gegen Italien abgelehnt hat. Sie hat den Sozialisten vorgeworfen, daß sie sich mit den Genfer Sanktionen begnügen. Die Kommunisten haben behauptet, die Genfer Sanktionen genügen nicht, man müsse sie durch Arbeiter-sanktionen ergänzen. Nun aber ist es Tatsache, daß sich die EZM begnügt hat mit den Genfer Sanktionen und daß sie sogar Italien Oel und Benzin geliefert hat. Die kommunistische Partei der EZM hat aber kein Wort in der Frage der Sanktionen nach dem Siege Italiens gesprochen und auch die kommunistische Internationale schweigt. In dem Augenblick, wo die Außenpolitik der Sowjetunion ins Schwanken geraten ist, hat sich die kommunistische Internationale zu keinem Urteil ausgesprochen. Nach dem Kongreß der kommunistischen Internationale scheint diese in Fragen gegangen zu sein, sie nimmt zu den großen Problemen Europas überhaupt keine Stellung und beschränkt ihre Tätigkeit darauf — den Sozialisten Ratsschlüsse zu erteilen

Das Dritte Reich erlauft viel: einerseits Geld und andererseits unangenehme Beweise. Das Dritte Reich boykottiert die totale Sonnenfinsternis im Interesse der eigenen totalen Weltfinsternis.

Und wo bleibt der deutsche Sender? In Banská Bystrica wurde Sonntag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Hodža, welcher den Präsidenten Dr. Beneš und den Ministerpräsidenten Dr. Benes und den Ministerpräsidenten Dr. Benes und den Ministerpräsidenten Dr. Benes, der Landespräsidenten der Slowakei und Karpatenrunds, des französischen Botschafters de Laetor und zahlreicher anderer Gäste die neue Sendestation eröffnet, welche den Namen des Präsidenten Hodža trägt. Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt, Samuhel, auf welche Dr. Hodža erwiderte, und einer kurzen Festrede der Stadtvertretung führen die Festgäste auf den oberhalb der Stadt liegenden 630 Meter hohen Lasomerberg, auf welchem die Sendestation steht. Der neue Sender ist eine ganz moderne Anlage, welche die höchsten Antennenmaße (220 Meter) besitzt, die in der Republik in Betrieb stehen. Sie erreicht die ganze Mittelslowakei, in welcher die Sendungen des tschechoslowakischen Rundfunks bisher nur schwer zu hören waren. Nach dem Luzerner Abkommen wird der Sender tagsüber mit einer Energie von ungefähr 30 Kilowatt, nachts mit höchstens 15 Kilowatt arbeiten. Die Festrede hielt der Postminister Tuzňák, nach ihm sprach Ministerpräsident Dr. Hodža, der Präsident des Radiojournalists Dr. Souček, Landespräsident Dr. Országh und Bürgermeister Samuhel. Am Westende des Rundfunkgebäudes wurde eine Gedenktafel für den Präsidenten Hodža enthüllt.

Sonntags-Rückfahrarten zu Pfingsten. Die Eisenbahnverwaltung verlängert zu den Pfingstfeiertagen die Gültigkeit der Sonntags-Rückfahrarten folgendermaßen: Für die Hinfahrt vom Freitag, den 29. Mai, bis Montag, den 1. Juni; für die Rückfahrt von Sonntag, den 31. Mai bis Mittwoch, den 3. Juni. An diesem Tage muß die Rückfahrt spätestens um 12 Uhr mittags angetreten werden und bis 24 Uhr beendet sein.

Die feierliche Grundsteinlegung zu dem Denkmal Rákóczi in der Gebhardt-Wasse in Leimeritz fand am Sonntag statt. An der Feier beteiligte u. a. der Vorsitzende der Abgeordnetenhauses Ralspeter. Für den Reichsverband deutscher Schriftsteller legte Ernst Kriese einen Kranz nieder. Der Festredner Dr. O. Rischke beleuchtete Rákóczi's dichterische Tätigkeit. Die Feier wurde mit dem Abingen der Staatsbahn abgeschlossen. — Samstag fand im Rákóczi-Theater in Leimeritz eine Rákóczi-Ademie statt.

Frühlingsstürme. Jetzt werden Einzelheiten über die verheerenden Folgen des furchtbaren Orkans bekannt, der mehrere Tage lang über dem Schwarzen Meer wüthete. In Koworossij wurden zwei Boote von ihren Anker losgerissen und ins Meer abgetrieben. Ein Boot wurde kieloben treibend aufgefischt. Die Insassen sind umgekommen. In der Stadt selbst ist die Telefonverbindung unterbrochen und der Verkehr völlig gestört. Große Verwirrung herrscht um das Schicksal von 40 Fischern, die seit dem 15. Mai vermisst werden. Da der Sturm anhält, waren Rettungsmaßnahmen bisher unmöglich. In allen Schwarzen-See-Häfen ruht der Verkehr.

Schwerer Zusammenstoß. Sonntag vor 19 Uhr stieß bei Kollan das Motorrad des 29-jährigen Handlungsgehilfen Emanuel Kraus aus Ujezd mit dem Automobil des Direktors des Bilsener Bürgerlichen Präbhauses Bitermann zusammen. Im Verzuge des Motorrades sah ein Freund des Kraus namens Aral. Das Auto geriet ins Schlingern, durchbrach das Gelände und stürzte von der hohen Böschung ab. Bitermann und seine Gattin blieben unverletzt. Kraus und Aral wurden ins Bilsener Krankenhaus gebracht, wo festgestellt wurde, daß Kraus ernste Verletzungen am Kopfe sowie einen Bruch des rechten Beines erlitten hatte. Aral wurde der Kiefer zertrümmert und er erlitt einen Bruch des rechten Beines. Ein Gendarm, welcher zu Fuß aus Kollan zur Unfallstelle eilte, wurde auf der Landstraße unweit des Ortes des Zusammenstoßes von einem Motorradfahrer in den Strahlgängen geschleudert und am Fuße leicht verletzt.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Mittwoch:

- Frag. Sender 2: 6.15: Gymnastik, 10.05: Deutsche Presse, 10.15: Rundfunk für deutsche Schulen, niedere Schulen, 10.35: Schallplatten 11.05: Salonorchestersoncert, 12.10: Verühmte Sopranisten, Schallplatten, 12.40: Deutscher Arbeitsmarkt, 16.35: für die Jugend, 18.10: Deutsche Sendung: Nehtverantwortung zum Geburtstag des Präsidenten Dr. Beneš: es sprechen die Bürgermeister von Reichenberg: Kofka, von Aufsig: Bögl, Trautmann: Viesch, es singen Minderchöre aus Reichenberg, 21: Uebertragung aus Pufareit: Europäisches Konzert. Sender 2: 7.30: Salonorchestersoncert, 14.15: Deutsche Sendung: Kinderstunde, 14.50: Deutsche Nachrichten, 15: Schallplattenconcert, 19.10: Sarcophon-Konzert. — Brunn 13.30: Arbeitsmarkt und Sozialinformationen, 17.40: Deutsche Sendung: Musik und Regitationsstunde für die Jugend. — Freßburg 15: Admittationskonzert. — Kofka 12.55: Rundfunkorchestersoncert. — Währlich-Ostrau 18: Ein wenig Gesang und Harmonika.

Amerika und der Ferne Osten

Ein Inseljar, (dn.) Vor dem Obersten Gericht der Sowjetunion stand jetzt der 49-jährige Konstantin Siemenschul unter der Anklage schwersten Antisowjetismus, der Hochverrats und Verrat. Er herrschte als Leiter der Wetter- und Radiostation auf der arktischen Wrangelinselfel, 650 Kilometer vom nördlichen Nordpol, bis Professor Otto Schmidt, der Führer des „Fischschiffes“ und oberste Leiter aller Polarstationen ihn verhaften und anlagern ließ. Das geschah auf eine Anzeige der Arzteschwinge Wolfson, daß Siemenschul ihren Mann habe ermordet lassen. In der jetzigen Verhandlung bezeugte der Zeuge Dr. Wolfson auf einer Hundert-Kilometerfahrt zu einem schwerkranken Eskimo zu „verlieren“. Er, der Zeuge, habe den ältesten Schützen und die jämmerlichsten Hunde zu dieser Fahrt nehmen müssen. Tatsächlich wurde der Arzt dann unterwegs tot, mit zertrümmertem Schädel aufgefunden. Außerdem soll Siemenschul einen Mann zum Selbstmord getrieben, einige Eingeborene tödlich ausgehungert, Angriffe auf Eskimomöden mindestens geduldet haben und zu guter Letzt hat er noch die Radioverbindung stillgelegt. Vor Gericht verfuhr er, verrückt zu spielen, indem er erklärte, er sei vom Mars! Das Gericht verurteilte ihn zum Tode.

Nicht einmal buttern! Die im Hitlerreich bereits lange angekündigte Maßnahme, daß die Bauern nicht mehr selbst buttern dürfen, wird jetzt allmählich überall durchgeführt. Um die Durchführung zu sichern, geht man daran, die Zentrifugenzugverriegelung zu verriegeln. Die Milch ist an die zentralen Milchlieferungsstellen zu liefern. Den Bauern ist generell verboten, irgendwas von ihren Erzeugnissen und Produkten privat zu verkaufen. Nur der Bedarf des eigenen Haushaltes darf gedeckt werden. Alles andere muß den Behörden zur Verfügung gestellt werden. Teilweise ist bereits eine Kontrolle der Bestände im Gange. Die Unzufriedenheit unter den Bauern wächst. Vor allem ist man über den Ablieferungszwang erbittert. Aber auch die staatlich festgesetzten Preise lösen Verärgerung aus. So kommt es immer wieder vor, daß die Bauern den Ablieferungszwang durchbrechen und trotz des Verbotes ihre Milchprodukte privat abgeben.

Drei Knaben von einer Granate getroffen. Drei aus Trofianisch stammende Knaben, der zwölfjährige Franz Rabinger, dessen 15-jähriger Bruder Ludwig sowie der 13-jährige Herrmann Sörger wollten auf dem Reichstein Blumen pflücken. Unterwegs fanden sie ein nicht explodiertes Granatknäuel, das zweifellos von den letzten im März d. J. abgehaltenen Artillerie-Schießübungen stammt. Die Knaben hantierten mit dem Gefäß so unvorsichtig, daß es explodiert. Alle drei wurden in Stücke gerissen.

Einberg. In Arz (Marocco) ist ein Dörs zusammengestürzt. Aus den Trümmern wurden 18 Tote und sieben Verletzte geborgen.

Der deutsche Segelflieger Hirt stürzte anlässlich eines Schauluges über dem Flughafen von Maföld (Ungarn) aus etwa 10 Metern Höhe ab und erlitt erhebliche Verletzungen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

In den Rhein gehindert. In der Nacht zum Sonntag fuhr ein Kraftwagen bei der Einfahrt des Mainzer Zollhafens in den Rhein. Die Insassen, ein Mann und eine Frau, ertranken.

Neber 65.000 neue Staatsbürger. Im abgelaufenen Jahre wurden 111.452 Ehen geschlossen; 1934 118.270 und 1935 124.698. Die Zahl der im Vorjahr Neugeborenen erreichte 268.348 (280.757 und 287.655) und die Zahl der Todesfälle 202.614 (199.203 und 205.202). Es ergab sich somit für das Jahr 1935 ein natürlicher Bevölkerungszuwachs von 65.734 Seelen, gegen 81.554 im Jahre 1934 und 82.453 im Jahre 1933. (DNB.)

Wettbewerbslage gegen die — Gewerkepartei. Das Wiener Sekretariat der österreichischen Gewerkepartei forderte die Zeitungsverleger in einem Rundschreiben auf, jedem Käufer des Wiener Tagblattes „Gefühlsentzug“ kostenlos eine Nummer seines Wiener Organes, des „Neubelgerer“ auszuhandigen. In diesem Vorhaben erblidet nun der Verlag des erwähnten Blattes einen unzulässigen Wettbewerber. Es wird nun der bemerkenswerte Fall eingetreten, daß sich die Partei der österreichischen Gewerbetreibenden wegen unzulässigen Wettbewerbs zu verhalten haben wird. (DNB.)

Ein vollbesetzter Autobus raste in der vergangenen Nacht bei Rogent (Frankreich) gegen einen Baum und ging vollkommen in Trümmer. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet und 23 andere zum Teil lebensgefährlich verletzt. Man vermutet, daß das Unglück auf einen Bruch der Steuerung zurückzuführen ist.

Wasserflutung abgestürzt. Das japanische Marineministerium gibt bekannt, daß ein Hydroavion mit sieben Mann Besatzung unweit Ichiensao an der koreanisch-mandschurischen Grenze abgestürzt sei. Alle sieben Mann der Besatzung wurden schwer verwundet, und es besteht wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

Auto abgestürzt. Auf der Landstraße in der Nähe von Vicálvaro (Spanien) verunglückte ein Kraftwagen. Der Wagen stürzte einen 10 Meter steilen Abhang hinunter. Vier Insassen des Wagens kamen ums Leben, drei wurden verletzt.

Wahrscheinliches Wetter von heute. Wetterlage etwas unruhig, wechselnde, tagsüber stärkere Bewölkung, stellenweise Gewitter oder Schauer, im Karpatengebiet etwas kühler, sonst Temperatur wenig verändert. — Wetteraussichten für Mittwoch: Noch keine große Änderung.

(E. W.) Es bekommt immer mehr und mehr den Anschein, als ob die Vereinigten Staaten seit einiger Zeit ihr Interesse wieder mehr dem westlichen Pazifik zuwenden. Seit es nimmermehr feststeht, daß der Washingtoner Vertrag von 1922, der unter anderem in seinem Artikel 19 das Verbot der Anlage von Befestigungen östlich des 110. Längsgrades vorsah, am 31. Dezember 1936 außer Kraft treten wird, ist das Problem der strategischen Situation im Stillen Ozean wieder akut geworden. Es handelt sich hier vor allem um die Frage der Anlage von Befestigungen auf den zahlreichen Inseln des Stillen Ozeans, die heute so gut wie nicht besetzt oder jedenfalls mangelhaft besetzt sind. Die gegenwärtige navale Rivalität geht nicht bloß um die Anzahl der Kriegsschiffe und um die Tonnage, sondern auch um die maritimen Stützpunkte: eine gut besetzte See-Basis ist mitunter viel wertvoller als ein ganzes Geschwader von Kriegsschiffen. Man erwägt heute in den Washingtoner Marinekreisen ernsthaft die Frage über den Ausbau des Befestigungssystems im westlichen Pazifik. Einig ist man sich darüber, daß die Hawaii-Inseln als die wichtige navale Basis eine bedeutende Stärkung erfahren soll. Auch die den Hawaii vorgelagerten Inselgruppen Midway und Wake sollen besetzt und vor allem als Stützpunkte für die Flugzeuge und die U-Bootgeschwader ausgebaut werden. Bis vor kurzem hat sich der amerikanische Marinestab an die Grundrichtungen gehalten, das maritime Verteidigungssystem im Süden des Pazifik im wesentlichen abzubauen und dafür das „strategische Dreieck“ im Norden: Dutch Harbor (Unalaska-Aluten)-Hawaii-Seattle (Staat Washington) zu verstärken. Einerseits spielen hier die Abrüstungsbestimmungen des Washingtoner Vertrages eine Rolle, an die man sich loyal halten wollte, andererseits hat wahrscheinlich auch der Gedanke der strategischen Zusammenarbeit mit den Russen eine Rolle gespielt. Aus diesen Gedankengängen heraus entstand nicht nur die vollkommene Vernachlässigung aller strategischen Stützpunkte im südlichen Pazifik, sondern auch der tatsächliche Verzicht auf die Philippinen. Nun hat sich aber die Situation gründlich geändert. Die neue Tatsache von überragender Bedeutung für die gesamte Weltpolitik ist die Verständigung zwischen Großbritannien und den USA im März dieses Jahres in London über den Verzicht auf die maritime Weltstützung.

Deutschland und der Anschluß. Der sehr gut informierte „Manchester Guardian“ erwartet in der aller nächsten Zeit eine Wendung in der Politik Berlins gegenüber Oesterreich. Oesterreich sei überzeugt, daß der Anschluß unvermeidlich sei. Eine Zeitlang habe man in Berlin auf eine Schwächung Italiens gehofft, um den Anschluß durchzuführen. Aber der schnelle Sieg Italiens über Abyssinien habe die Situation gründlich geändert. Man verschiebe jetzt den Anschluß auf eine spätere Zeit, inzwischen aber plane man in Berlin die Schaffung eines „fasischischen Blockes“, dem außer Deutschland, Italien, Polen und vielleicht auch Japan beitreten sollen. Aus diesem Grunde möchte man in Berlin den Anschluß verschieben, weil für Italien Oesterreich ungefähr dieselbe Rolle spiele, wie Belgien für Frankreich: die italienische Regierung könne augenblicklich mit sich über den Anschluß nicht reden lassen.

Politische Krise in England. In London überwiegt die Meinung, daß das Kabinett gegen Oesterreich ungefähr dieselbe Rolle spiele, wie Belgien für Frankreich: die italienische Regierung könne augenblicklich mit sich über den Anschluß nicht reden lassen.

London vor der Wahl: Japan oder USSR? Wie man den „Times“ aus Tokio telegraphiert, wird in japanischen politischen Kreisen gegenwärtig besonderer Wert auf gute Beziehungen mit England gelegt. In diesem Sinne ist auch der neue japanische Votschafter in London, Hofstada, instruiert worden. Man wünsche in Tokio sehr, daß England verstehen solle, Japan sehe heute vor der wichtigsten Entscheidung in seiner Geschichte. Eine Annäherung Londons an Moskau würde die japanisch-britische Freundschaft fördern. Die einflussreiche Tokioter Zeitung „Nishi Nishi“ schreibt, England solle nun wählen: Japan oder die Sowjetunion.

Das ist aber zugleich auch der Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit der beiden angelsächsischen Weltmächte im westlichen Pazifik. In der letzten Zeit beobachtet man Tendenzen in der Arbeit des amerikanischen Marinegeneralstabs und auch des Washingtoner Staatsdepartements in bezug auf den Pazifik, die sich nur aus dieser Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen England und USA bei einem eventuellen Konflikt im Stillen Ozean erklären lassen. Noch ist die Linie nicht getrocknet auf den Unterschriften unter dem Gesetz über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Philippinen, und schon jetzt ist eine einflussreiche Senatorengruppe in Washington in scharfer Opposition gegen den Verzicht auf die Philippinen. Man spricht plötzlich von der Verwandlung von Corregidor, der Festung bei Manila, in ein uneinnehmbares Gibraltar der Philippinen. Generalmajor Douglas MacArthur, der frühere Chef des Generalstabs der USA, übernimmt die Ausbildung der philippinischen Armee zu einer modernen Wehrmacht auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht. Die Verwandlung der Philippinen in einen Stützpunkt der amerikanischen Marinepolitik im westlichen Pazifik bekommt ihre richtige Bedeutung erst im Rahmen des Ausbaues des großen britischen „strategischen Dreiecks“: Singapore—Hongkong—Port Darwin (Nord-Australien), dem die Philippinen als Plankebedeckung dienen sollen. Sehr bezeichnend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß die Briten, die bis jetzt auf Hongkong als strategischen Stützpunkt wenig Wert gelegt haben — was auch angesichts der starken japanischen Stellung auf Formosa und den Pescadores leicht verständlich war — nunmehr in rapidem Tempo mit dem Ausbau von Hongkong zu einem erstklassigen maritimen Stützpunkt begonnen haben. Von anderer Seite, nämlich in gerader Linie von Hawaii nach Samoa, nähert sich die amerikanische Verteidigungslinie der britischen: man beachtlich in Washington die völlig vernachlässigten Johnston-, Kingman-Keef-, Howland- und Baker-Inseln — alle auf dem Wege von Hawaii nach Samoa — zunächst in Stützpunkte für den Flugverkehr zu verwandeln. Aber damit schließt sich der amerikanische Gürtel der Stützpunkte direkt an den britischen an, der von Samoa über die Tonga- und Kermadec-Inseln nach Neuseeland führt. Die europäischen Votschafter läten gut, wenn sie diese außerordentlich interessanten Entwicklungen beachten würden.

London vor der Wahl: Japan oder USSR? Wie man den „Times“ aus Tokio telegraphiert, wird in japanischen politischen Kreisen gegenwärtig besonderer Wert auf gute Beziehungen mit England gelegt. In diesem Sinne ist auch der neue japanische Votschafter in London, Hofstada, instruiert worden. Man wünsche in Tokio sehr, daß England verstehen solle, Japan sehe heute vor der wichtigsten Entscheidung in seiner Geschichte. Eine Annäherung Londons an Moskau würde die japanisch-britische Freundschaft fördern. Die einflussreiche Tokioter Zeitung „Nishi Nishi“ schreibt, England solle nun wählen: Japan oder die Sowjetunion.

London vor der Wahl: Japan oder USSR? Wie man den „Times“ aus Tokio telegraphiert, wird in japanischen politischen Kreisen gegenwärtig besonderer Wert auf gute Beziehungen mit England gelegt. In diesem Sinne ist auch der neue japanische Votschafter in London, Hofstada, instruiert worden. Man wünsche in Tokio sehr, daß England verstehen solle, Japan sehe heute vor der wichtigsten Entscheidung in seiner Geschichte. Eine Annäherung Londons an Moskau würde die japanisch-britische Freundschaft fördern. Die einflussreiche Tokioter Zeitung „Nishi Nishi“ schreibt, England solle nun wählen: Japan oder die Sowjetunion.

London vor der Wahl: Japan oder USSR? Wie man den „Times“ aus Tokio telegraphiert, wird in japanischen politischen Kreisen gegenwärtig besonderer Wert auf gute Beziehungen mit England gelegt. In diesem Sinne ist auch der neue japanische Votschafter in London, Hofstada, instruiert worden. Man wünsche in Tokio sehr, daß England verstehen solle, Japan sehe heute vor der wichtigsten Entscheidung in seiner Geschichte. Eine Annäherung Londons an Moskau würde die japanisch-britische Freundschaft fördern. Die einflussreiche Tokioter Zeitung „Nishi Nishi“ schreibt, England solle nun wählen: Japan oder die Sowjetunion.



Henrik Ibsen
In seinem 70. Todestage

Der berühmte norwegische Dichter, der in seinen Dramen eine hervorragende Kritik des Gesellschaftslebens seiner Zeit gibt, ist am 25. Mai 1898 in Oslo gestorben. In seinen bedeutendsten, auch heute noch häufig gespielten Werken gehören „Stützen der Gesellschaft“, „Nora“, „Gespenster“, „Wildente“, „Der Meistersinger“ u. a. Am beständigsten ist aber wohl sein großes romantisch-dramatisches „Peer Gynt“.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik Selbstversorgung von Arbeitslosen in Amerika

Ein eigenartiges Experiment in Amerika

Seit etwa 3 Jahren ist im Westen der USA ein eigenartiges Experiment im Gange. Es handelt sich um einen Selbsthilfeversuch von Arbeitslosen durch Gründung von Produktionsgenossenschaften. Die Sache begann damit, daß in Kalifornien eine Anzahl von Arbeitslosen bei den Farmern deren unverkäufliche Produkte einsammelten und unter einander verteilten. Dann kam man auf die Idee, daß man dafür den Farmern als Gegenleistung Arbeitskräfte bestellen könnte, die sich die Farmer sonst nicht leisten können. Allmählich organisierten die Arbeitslosen für ganze Bezirke sowohl die Arbeitsverteilung als auch die Einkünfte an Lebensmitteln. In anderen Gebieten, wie Utah, Washington wurde ein System von Gütern eingeleitet, aber auch hier vollzog sich der Austausch ohne Bargeld. Im Jahre 1933 gab es bereits etwa 500 solche Organisationen, die gegen 100.000 Familien ernährten, davon zwei Drittel an der Westküste der USA.

Als die New-Deal-Politik einsetzte, ging diese Bewegung stark zurück, ohne jedoch ganz zu verschwinden. Die AAA hat diese Produktionsgenossenschaften der Arbeitslosen nicht abgeschafft, sondern mit mehreren Millionen Dollar unterstützt, die zur dauernden landwirtschaftlichen Beschäftigung der Arbeitslosen führen sollen; brachliegende Böden werden zur Selbstversorgung der Arbeitslosen angebauet, die Verteilung des Ertrages erfolgt nach der geleisteten Arbeit. Zum Teil sind auch die Genossenschaften auf bestimmte Erzeugnisse spezialisiert, die sie untereinander austauschen, z. B. Äpfel gegen Orangen usw.

Die Bundesregierung versuchte auch, dieses genossenschaftliche Prinzip auf die Produktion von Industrieartikeln durch Arbeitslose für Eigenbedarf auszuweiten, doch ist dies nicht gelungen, zum Teil infolge des Widerstandes der Unternehmer. Auch die bestehenden Agrargenossenschaften sind in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen, besonders infolge der immer wiederkehrenden Schwierigkeiten, den freien Markt zu vermeiden (nur unter dieser Voraussetzung wird die Bundeshilfe gewährt). Immerhin handelt es sich um einen interessanten zeitweiligen Notbehelf.

Neue Maßnahmen für die Notstandsgebiete in England

Schatzkanzler Chamberlain hat im Unterhaus neue Maßnahmen für die Notstandsgebiete angekündigt. Es handelt sich diesmal nicht um Errichtung neuer Industriezweige, sondern um die Finanzierung kleiner Unternehmungen, die die Staatskommissare gleichfalls für nützlich halten. Das Eigenkapital der neuen Gesellschaft soll eine Million Pfund betragen, doch soll sie auch größere Beträge entleihen können. Ihre Funktionsdauer ist vorläufig mit 10 Jahren festgesetzt. Die Leitung der Finanzierungsgesellschaft soll größtenteils aus ehrenamtlichen Funktionären bestehen und im Einvernehmen mit dem Schatzamt vorgehen.

Neues Arbeitsgesetz in Neuseeland

Das Parlament von Neuseeland hat ein neues Gesetz über Schlichtung und Arbeitsgerichtsbarkeit angenommen, das folgende wichtige Bestimmungen enthält: 1. Zwangslichtung bei Arbeitsstreitigkeiten. 2. Verpflichtung für die Arbeitsgerichte, eine 40-Stundenwoche in allen Industrien, in denen nicht besondere Gründe der Unanwendbarkeit vorliegen, zu erklären. 3. Zwangsgliederschaft bei den Gewerkschaften. 4. Abschaffung eines Mindestlohnes für Arbeiter mit Familie. — Für Büros wird eine Höchstarbeitszeit von 44 Wochenstunden festgesetzt.



Die Unruhen in Palästina

Angesichts der täglich zunehmenden Spannungen in Palästina hat der englische Oberkommissar weitere Truppenverstärkungen angefordert. Unser Bild zeigt bewaffnete Polizeikräfte in den Straßen von Tel Aviv.

Eingefendet.

Zehn Jahre Zahnambulatorium des BAVI Gablonz a. N.

Das Zahnambulatorium der BAVI Gablonz a. N. wurde im März 1926 eröffnet und bildet somit auf eine 10jährige Tätigkeit zurück. Im Laufe der Zeit wurde es immer mehr ausgebaut, so daß derzeit 4 Behandlungszimmer in Gablonz a. N. und 2 in Tannwald stehen.

Zur Bearbeitung gelangt nur bestes Material, die bestehende Einrichtung wird ständig ergänzt und den Anforderungen der modernen Zahnheilkunde angepaßt, das Personal besteht aus bewährten Kräften, die alle den besten Willen und die Fähigkeit haben, nur solide und gute Arbeit zu leisten.

Über die gewaltigen Leistungen in den vergangenen Jahren 1926 bis 1935 gibt nachstehende Aufstellung, welche nur die wichtigsten Arbeiten enthält, Aufschluß:

Table with 2 columns: Treatment type and number of cases. Includes Zahnextraktionen (64.875), Wurzelbehandlungen (29.301), Kronen (111.584), Zahnsteinentfernungen (18.562), Operationen (516), Zahnprothesen etc. (10.634), etc.

Die großen Leistungen in der Zahnpflege, die in der Hauptstadt freiwillig, über das Ausmaß der gesetzlichen Pflichten hinausgehende Leistungen der Krankenversicherung darstellen, waren ohne besondere Belastung der Versicherten und der Anstalt nur durch das eigene Ambulatorium möglich.

Die Zahnextraktionen, Wurzelbehandlungen, Zahnsteinentfernungen, Operationen erhielten die Versicherten vollkommen kostenlos, für Kronen ist ein Regiofortschreibungsbeitrag von K 10.—, für gewöhnliche Prothesen ein solcher von K 12.— pro Zahn festgesetzt.

Von diesen geringen Regiofortschreibungen übernimmt die Anstalt noch 33%, wenn der Versicherte in den letzten 18 Monaten 12 Monate, 50%, wenn der Versicherte in den letzten 6 Jahren 5 Jahre, 100%, wenn der Versicherte in den letzten 12 Jahren 10 Jahre versichert war. Die Kosten der Goldarbeiten sind ebenfalls niedrig gehalten.

Das Ambulatorium hat sich im Laufe der Jahre erfolgreich durchgesetzt und wird in immer stärkerem Maße in Anspruch genommen. Von den 56.292, welche das Ambulatorium in den verfloßenen 10 Jahren aufgesucht haben, entfallen auf das Jahr 1935 allein 7497 Personen.

Es ist heutzutage einwandfrei nachgewiesen, daß ein gesundes oder in Ordnung gebrachtes Gebiß auf den ganzen Organismus einen großen Einfluß hat. Schlechte und gangränöse Zähne beeinträchtigen nicht bloß den Verdauungsapparat, also insbesondere das ganze Magen- und Darmsystem, sondern sind oftmals die Hauptursache auch von rheumatischen Erkrankungen.

Schon in den letzten Jahren, nicht zuletzt durch die günstigen Bedingungen für die Versicherten, in dem Zahnambulatorium immer mehr die Erkenntnis der Wichtigkeit einer entsprechenden Zahnbehandlung auch in den breiten Schichten der Arbeiterschaft Platz greift, muß doch immer wieder festgestellt werden, daß manche Versicherte der täglichen Zahnpflege zu wenig Augenmerk zuwenden und die Zahnbehandlung viel zu spät, in der Regel erst dann, wenn der Zahn bereits kranke ist und die Krankheit schon allzuweit vorgeschritten ist, aufnehmen.

Vom medizinischen Gesichtspunkte erfordert ein gesundes oder in Ordnung gebrachtes Gebiß periodische Untersuchungen, die möglichst jedes Vierteljahr vorgenommen werden sollen, damit auftretende kleinere Schäden rechtzeitig erkannt und behoben werden können. 3473

Trager Zeitung

Flugtag erst am 7. Juni

Der Prager Armeeflugtag wurde von den Verantwortlichen definitiv auf Sonntag, den 7. Juni, verlegt. Von dem bereits festgesetzten Datum des 28. Mai kam man wieder ab, da an einem Wochentag — wenn es auch der Präsidenten-Geburtstag ist — denn doch ein großer Teil der erwarteten Zuschauermassen an der Teilnahme verhindert gewesen wäre. Am Samstag wohnten über 20.000 Prager Schüler der Generalprobe des Flugtages bei. Das Programm mußte wegen des schlechten Wetters gekürzt werden. Es wurden Proben individueller Arbeit auf einem Jagdflugzeug und Flüge auf einem Autogiro vorgeführt; ferner wurde eine Maschine vom Erdboden aus radiotelegraphisch gesteuert. Das größte Interesse weckten Loopings von drei mittels Gummitreifen aneinander befestigten Maschinen und ein Bombardierungsanflug auf dem Flughafen.

An der Truppenparade, die Donnerstag vor-mittags aus Anlaß des Präsidenten-Geburtstages im Masarokstadion am Strahov stattfindet, nehmen die Infanterie- und Artillerieformationen der Prager Garnison, die beiden Fliegerabteilungen der Artillerieregimenter, das Truppenregiment Nr. 1, das Instruktionsbataillon und ein Tankbataillon teil. Kommandant der Truppen ist der Prager Divisionär General P i e h. Die Ankunft des Präsidenten der Republik ist für 9 Uhr früh angesetzt. Nach der Defilierung der Truppen, die von der Burgwache eröffnet wird, findet auch eine Defilierung der Flieger statt.

Der Magistrat der Hauptstadt Prag. Gesundheitsreferat, macht in Anbetracht der künftigen Beschränkungen über das freie Umherlaufen von Hagen in den Gärten und Parks und das Abfangen von Vögeln durch diese Tiere neuerdings und entschieden

Quartiere gesucht!

Nach dem Reichsjugendtag, am 2. Juni, kamen etwa 50 dänische und schwedische Jugendgenossen nach Prag. Wir benötigen für sie Privatquartiere, und zwar für drei Nächte. Die Genossen und Genossinnen, die die Möglichkeit haben, einen handlungsreichen Gast zu beherbergen, werden gebeten, dies im Parteibüro, Národní 4, schriftlich oder telefonisch (Nr. 48369) zu melden.

auf die Bestimmung aufmerksam, derzufolge der Besitzer von Hagen diese außerhalb seiner Wohnung bloß in abgeschlossenen Lagerräumen, auf abgeschlossenen Böden oder Kellern und Höfen halten und sie nirgendwo anders frei umherlaufen lassen darf. Für die Hage ist verantwortlich und auch strafbar nicht bloß ihr Inhaber, sondern auch ihr Betreuer und Halter (eventuell bloß vorübergehend). Befragte Heberschreitungen werden mit einer Strafe bis zu 200 Kč bestraft. — Leicht haben es also in Prag weder die Hagen noch ihre „Betreuer“.

Die Sonntagsausfahrten. In der Nacht auf Sonntag entstand in einem Gasthaus in Dolleschowitz aus unbekannter Ursache eine Kanterei, an der sich bald sämtliche Gäste beteiligten und in deren Verlauf der 22jährige Automobilist Josef Sladky aus Lieben vom 40jährigen Wirtshändler Genik Kocel mit einem Sebel über den Kopf geschlagen wurde, so daß er bewußtlos zusammensank. Er wurde auf die Klinik Jirásek gebracht, das Verbrechen eingeleitet. — In der gleichen Nacht, gegen 3 Uhr früh, begannen vor einem Wirtschaftshaus in der Hofgasse in Prag I der 21jährige beschäftigungslose Arbeiter Anton Kovala, der 33jährige Portier Gustav Vala, der 33jährige beschäftigungslose Arbeiter Viktor Tchal und der 23jährige beschäftigungslose Schlosser Friedrich Krejci, alle aus Bítov, zu raufen, wobei der Letzgenannte von einem der Beteiligten mit einem Taschenmesser in den Unterleib gestochen wurde. Er wurde auf die Klinik Schloffer gebracht, doch stellte sich die Verletzung als leicht heraus. Die Täter ließen unterdessen davon; Kovala und Tchal wurden einige Stunden später in ihren Wohnungen verhaf-

tet, leugnen aber, Krejci gestochen zu haben. Nach dem dritten Kaufbold, Vala, wird noch gesucht.

Aufspringen auch für Dritte gefährlich. Der 42jährige Schuster Franz Farnoch aus Prag XII fuhr gestern in einem Motorwagen der Ser-Kinie durch die Plechradla, als plötzlich eine unbekannte Frau in den fahrenden Wagen sprang. Der Lenker bremste sofort, um einem Unfall vorzubeugen, doch führte er eben dadurch einen andern herbei; Farnoch nämlich stürzte durch den plötzlichen Ruck aus dem Wagen und zog sich eine tiefe Wundwunde am Scheitel zu. Er wurde auf die Klinik Jirásek gebracht.

Gerichtssaal

Nochmals 96 Henleinklagen

Kostspielige prozessuale Schikanen

Prag. (rb.) Die „Právní Rovina“ berichteten kürzlich, kurz nach den Wahltagen, über die bekannte Verurteilung der SDP-Funktionäre vor dem „Stammesführer“ Henlein in der Egerer „Goldhalle“ unter dem Titel „Konrad Henlein nimmt den Eid seiner Abgeordneten und Senatoren entgegen“. Herr Henlein sandte natürlich eine Berichtigung, die von den „Právní Rovina“ auch abgedruckt wurde. Damit gab sich Henlein aber nicht zufrieden, sondern überreichte trotz der Berichtigung gegen den verantwortlichen Redakteur Franz Delle die Klage. Mit Henlein klagten sämtliche SDP-Abgeordnete, Senatoren und Landesvertreter, die damals zugegen gewesen waren, und zwar jeder für sich, so daß insgesamt 96 Klagen eingereicht wurden. (Die gleiche schändliche Methode wurde bekanntlich gegen die „Kannibalen“ angewandt, worüber wir bereits berichtet haben.) Die 96 Klagen wurden indessen in beiden Fällen zu einem einheitlichen Verfahren vereinigt. Weiter verhandelte nun der Presserat Jiliner über die Klage gegen die „Právní Rovina“. Der Vergleichsrichter hatte seine Zeit bei der Vergleichsarbeit die veröffentlichte Berichtigung für eine angemessene Benützung erklärt. Die Kläger zogen es trotzdem vor, in dem Prozeß fortzuführen. Nach durchgeführter Verhandlung falls der Presserat das Urteil, durch welches der geklagte Redakteur zwar schuldig erkannt, von der Verhängung einer Strafe aber abgesehen wurde, da er rechtzeitig angemessene Benützung geleistet hat. Die Kläger haben das Recht, das Urteil in der „Právní“ und in der „Kundská“ zu veröffentlichen. Daß sie ihre, sicher nicht unbedeutenden Vertretungskosten selbst bezahlen müssen, wird wohl beschiden verschwiegen werden.

Seit zwanzig Jahren keinen Frühling in Freiheit!

Prag. (rb.) ... dem Angeklagten fielen wieder die Allerärmsten zum Opfer ... Mit diesen Worten charakterisiert die Anklage die kriminelle Tätigkeit des 53jährigen Oskar Šomola. Dieser, ein ehemaliger Privatbeamter, hat sich tatsächlich ein äußerst verwerfliches, verbrecherisches Mittel ausgesucht. In der Peripherie, vor allem in den Nofofolonien, gibt es eine Menge armer Teufel, die für ein paar Kronen billiges Nachtquartier bieten. Es gibt auch noch gutheiße Menschen, die trotz eigener Not unterhandlungslosen Leuten umsonst einen Unterschlupf für die Nacht gewähren. Bei solchen Quartiergebern wußte sich der Angeklagte ein Nachtlager zu erbitten und verschwand dann, indem er mitnahm, was ihm in die Hände fiel. Die Beute war äußerst genug. Billige Minge, Uhren, kleine Geldbeträge oder Sparbücher (eines von ihnen lautete auf 5 Kč!). Acht solcher Fälle zählt die Anklage aus, nebst anderen Diebstählen und Betrügereien.

Angeklagter der dreizehnjährigen Verurteilung des Angeklagten verurteilte ihn der Strafgerichtshof zu einem Jahr schweren und verschärften Kerker. Nach der Urteilsverkündung ergab sich ein eigenartiger Zwischenfall. Der Verurteilte hat nämlich inständig um Strafausschub, mit der Begründung, er habe seit zwanzig Jahren keinen Frühling mehr in der Freiheit erleben können, weil er stets im Kriminalgefängnis sei. Staatsanwalt Dr. Neureiter bemerkte ironisch, daß der in diesem Punkt so empfindsame und in jeder



Mehr Gemüse im Sommer! Sobald das heiße Wetter einsetzt, soll der Küchensettel reichlich von Frischgemüse Gebrauch machen. Wie immer die Zubereitung erfolgt, nie soll dabei SANA Milchmargarine fehlen, denn sie gibt den Speisen nicht nur höheren Nährwert, sondern auch ausgezeichneten Geschmack.



anderen Hinsicht absolut keupellose Verurteilung seine Sehnsucht werde bis zum nächsten Frühjahr zügeln müssen. Und dabei blieb es.

Eine geheime Verhandlung

Prag. (rb.) Die dritte Schwurgerichtsperiode dieses Jahres wurde eingeleitet durch eine geheime Verhandlung. Vor dem Schwurgericht unter Vorsitz des Kreisgerichtspräsidenten Šarapat war wegen des Verbrechens der Raubtötung der 32jährige Schuhmacher Anton Komis aus Slavia angeklagt. Der Angeklagte hat durch längere Zeit ein verbotenes intimes Verhältnis mit seiner heute 13jährigen Stieftochter unterhalten, die seine Frau in die Ehe mitgebracht hatte. Die Jungfrauen hatten sich zur Verhandlung nicht eingefunden. Der Angeklagte wurde zu vierzehn Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Sport-Spiel-Körperpflege

Sparta — Ligameister

In die Division: Saaz, Teplitz, Kolín und DFC oder Mor. Slavia Die letzte Ligarunde brachte schon die endgültige Entscheidung über den neuen Meister und die Vizemeisterkandidaten sowie drei Absteigende. Sparta, welche am Samstag auf eigenem Platz den ZSK Billa mit 8:0 (4:0) schlug, kommt nun wieder einmal zum Meistertitel, da ihr Widersacher Slavia am Sonntag in P r o h o n i z gegen den dortigen ZSK mit 0:1 (0:0) verlor.

Von den übrigen — also außer Saaz und Kolín — Absteigekandidaten hat der Teplitzer ZSK in Brünn in einem reichlich harten „Spiel“ gegen Mor. Slavia mit 0:1 (0:0) verloren und ist nun der Dritte im Bunde. Da aber vier Vereine absteigen, liegt die Frage immer noch zwischen DFC Prag und Mor. Slavia. DFC, der auf eigenem Platz gegen ZSK Kolín wohl 2:1 (1:1) gewann, berechtigt nach diesem Spiel nicht zu der Hoffnung, daß er seinen Aufstiegsplatz in der Liga verlängern können. Von solchen „Stürmern ohne Energie“, die, wie gegen Kolín nach der Pause, ihre Überlegenheit nicht in Tore auszubringen vermögen, wird man schwerlich einen Umbruch zum Besseren im letzten entscheidenden Spiel gegen Prohon erwarten dürfen. Denn nur ein Sieg sichert die Liga-Existenz! Die Kolíner,

Willi Nowak

50-Jahr-Ausstellung im „Mánes“

Willi Nowak, als der bedeutendste deutsche Maler der Republik auch über die Grenzen des Landes hinaus anerkannt, wurde 1886 in Ránsel am Břevnovwald geboren. Von 1903 bis 1906 studierte er an der Prager Kunstakademie. Seit 1909 hat er sich fast zwei Jahrzehnte lang im Auslande aufgehalten, bis er 1928 als Professor an die Prager Akademie berufen wurde. Aus Anlaß seines 50. Geburtstages in diesem Jahre veranstaltet der „Mánes“ jetzt eine Ausstellung seiner Bilder, und zwar fast nur der Bilder aus seiner Prager Zeit, aus den Jahren des Anfangs und denen der Reifezeit; die Auslandsjahre sind nur durch Beispiele vertreten.

So hängen die Werke zweier zeitlich getrennter Lebensabschnitte beieinander, und der Vergleich ist interessant und fesselnd. Die künstlerische Richtung ist von vornherein gegeben und so endgültig, daß die Motive der frühen Bilder in den späteren Jahren fast alle wiederkehren. Es gibt von einigen sogar drei und vier Fassungen; die Szene des Bildes „Frühling“ z. B. hat Nowak immer wieder aufgegriffen: 1908, 1910, 1928, 1935. Aber keine der vier Fas-

sungen ist eine Kopie der früheren; es sind vier Stadien einer ganz gradlinigen Entwicklung. Anfangs sitzen die Barden passiv und kompakt auf der Fläche und sie liegen in der begrenzten Széna eines erdigen, fast aschigen Graubrauns. Allmählich aber lösen sie sich auf, werden lockerer, wenn zunächst auch noch freckenhaft stumpf, und dann beginnen sie von innen heraus sanft zu leuchten, als seien sie von einem inneren Licht erhellt, bis sie schließlich selbst Licht spenden und leicht, schimmernd, gleichsam opalisierend sich lösen und verklären. Vielfach wird diese Entwicklung am gleichen Motiv ersichtlich. Die Elbelandschaften aus der Leimeritzer und Melniker Gegend, die Landschaft mit dem früchtetragenden Baum im Mittelpunkt, das Babelsdoll wiederholen die gleichen Motive in fast denselben Bildaufbau, in ganz ähnlicher Gruppierung, aber in immer reicherer, gelichteter Farbigkeit, die die Szenerie ins Arkadische entzückt, fast möchte man angesichts der Badeszene sagen: ins Paradiesische, dem diese anmutigen Landschaften zu entstammen scheinen. Da ist die Moldaulandschaft von Kobdaba, eine Szenerie, die allen, die dort ihren sommerlich-sonntäglichen Badeplatz haben, als Vorstellung jederzeit gegenwärtig ist: die zweiarmige Strömung der Moldau mit der grünen Inseljüßige dazwischen, die Baumkuppen von Troja, der

Gradschn in der Ferne und die Boote und Sandbagger im Vordergrund. Das alles ist auf dem Bilde vorhanden, alles Zerliche, auch das Zufällige, bleibt gewahrt, und doch erscheint es dem Alltag entrückt in die Sphäre einer lichten Vision, die aus stimmern dem, pridelndem Licht unter perlmuttelfarbenen schimmerndem Himmel erhellte Gestalt gewinnt. Es ist ein arkadisches Lichtgestalt, und doch bleibt es die Moldau bei Kobdaba mit Sandbaggern und Fischerbooten am Ufer. Die Landschaft wird zum heiteren Inbegriff, zur zeitlosen Verklärung aller dort erlebten Sommertage. Und so erscheint auf allen Bildern der Meisterjahre des Künstlers die durchaus vertraute und wiedererkennbare Landschaft ohne jede wirklichkeitsfremde Idealisierung, lediglich durch den Zauber der Farben in der Glühstimmung blau durchschimmerter Sommer Tage erhoben. Es wird gleichsam die von allen Stimmungsrichtungen befreite Idee der Landschaft gegeben. Und das geschieht an der Schönheit, die auch das ausgezeichnete Bild der Mutter, die ihrem Kinde beim Aufstellen eines Marienbundes behilflich ist, ohne eine Spur allegorischer Idealisierung, mit dem feinen Duft der Lebensnähe zu einem Inbegriff mütterlicher Zuneigung und kindlichen Geborgenheit werden läßt. 14.



„Das passiert mir sobald nicht wieder!...“

